

# Wahlprüfsteine 2014 des Bund Naturschutz für alle 5 Gröbenzeller Bürgermeisterkandidaten

---

**Mit Natur- und Umweltschutz die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde Gröbenzell sichern.**

Kommunalwahl 2014 - Chancen nutzen für Bewahrung von Heimat und konkreten Klimaschutz

Die Kommunen spielen eine zentrale Rolle bei der Bewahrung von Bayerns Schönheit und der Umsetzung nationaler, europäischer Umweltziele. Der Bund Naturschutz will als parteipolitisch unabhängiger Verband, der mit rund 900 Untergliederungen in den bayerischen Gemeinden und in Gröbenzell mit über 400 Mitgliedern verankert ist, zur politischen Willensbildung beitragen.

Wir sind dem Artikel 141, Absatz 1 der bayerischen Verfassung besonders verpflichtet:

Bayerischen Verfassung, Artikel 141, Absatz 1:

„Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut. Tiere werden als Lebewesen und Mitgeschöpfe geachtet und geschützt. Mit Naturgütern ist schonend und sparsam umzugehen. Es gehört auch zu den vorrangigen Aufgaben von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen, eingetretene Schäden möglichst zu beheben oder auszugleichen und auf möglichst sparsamen Umgang mit Energie zu achten, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zu erhalten und dauerhaft zu verbessern, den Wald wegen seiner besonderen Bedeutung für den Naturhaushalt zu schützen und eingetretene Schäden möglichst zu beheben oder auszugleichen, die heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre notwendigen Lebensräume sowie kennzeichnende Orts- und Landschaftsbilder zu schonen und zu erhalten.“

Um unseren Mitgliedern und Anhängern eine Orientierung für die Kommunalwahl am 16.3.2014 geben zu können, bitten wir Sie als Vertreter Ihrer Partei bzw. Wählergruppierung um Stellungnahme zu folgenden Fragen:

**Thomas Breitenfellner**, Christlich Soziale Union, CSU, [thomas-breitenfellner.de](http://thomas-breitenfellner.de)

**Daniel Holmer**, Die Grünen, [www.daniel-holmer.de](http://www.daniel-holmer.de)

**Florian Ritter**, Sozial Demokratische Partei Deutschland, SPD, [groebenzell-kann-mehr.de](http://groebenzell-kann-mehr.de)

**Martin Schäfer**, Unabhängige Wählergemeinschaft, UWG; [www.uwg-groebenzell.de](http://www.uwg-groebenzell.de)

**Stefan Weinberger**, Freie Wähler, [www.weinberger-groebenzell.de](http://www.weinberger-groebenzell.de)

**Ortsplanung:** Seite 2

**Energiepolitik:** Seite 7

**Natur:** Seite 11

**Umwelt:** Seite 14

**Verkehr:** Seite 18

**Bürgerbeteiligung:** Seite 22

**Sonstiges:** Seite 24

## Danke

Die Fragen erarbeitete der Vorstand der BN Ortsgruppe Gröbenzell unter Federführung von Ariane Zuber. Antwort gaben alle fünf Bürgermeister Kandidaten der Gemeinde Gröbenzell in alphabetischer Reihenfolge: Thomas Breitenfellner, Daniel Holmer, Florian Ritter, Martin Schäfer, Florian Ritter und Martin Schäfer. Diese Dokumentation erstellte Manuela Schowalter. Wir danken allen Beteiligten für Ihr Engagement.

1. Ortsplanung

1.1 Welche Ziele einer Ortsplanung sehen Sie als vorrangig an?

**Breitenfellner zu 1.1:** Als vorrangig sehe ich die Erhaltung des Gartenstadtcharakters der Gröbenzeller Wohngebiete mit einem attraktiven und leistungsfähigen Ortszentrum an. Ich werde daher rasch mit der Umsetzung der zum Teil bestehenden, zum Teil neu zu erstellenden Planungen in der Bahnhof- und der Kirchenstraße beginnen. Da in den Wohngebieten das bestehende Baurecht in vielen Fällen noch nicht ausgeschöpft ist und es deshalb zwangsläufig zu einer gewissen Nachverdichtung kommt, lehne ich zusätzliches Baurecht ab.

**Holmer zu 1.1:** Aus meiner Sicht ist es wichtig, die für Gröbenzell typischen Grünflächen und Bäume zu erhalten. Dies gilt es bei der Erstellung von Bebauungsplänen, sowie grundsätzlich sämtlichen Bau-maßnahmen zu beachten. Der Erhalt der ortsbildprägenden Bäume ist mir wichtig. Neben dem Erhalt der Grünflächen ist es mir äußerst wichtig die Verkehrsplanung für den gesamten Ort voranzubringen. Hier muss von Fachleuten ein Verkehrskonzept für das gesamte Gemeindegebiet erstellt werden, in welchem auch die Entwicklung der umliegenden Kommunen berücksichtigt wird. Ohne Verkehrskonzept setzen wir unseren Ort in jedem Falle einer zusätzlichen Überflutung mit Verkehr aus.

**Ritter zu 1.1:** Erhalt Gröbenzells als lebenswerte Heimat für Menschen jeden Alters und aus allen sozialen Schichten sowie Sicherung des besonderen Charakters der Gemeinde.

**Schäfer zu 1.1:** Zunächst die vorrangige Nutzung der gemeindlichen Grundstücke in der Bahnhofstraße klären. Dann mit diesen beginnen.

**Weinberger zu 1.1:** Bei der Ortsplanung ist für mich die Ortsmitte vorrangig.

**Weinberger zu 1.1 a.):** Ein großes Thema ist dabei die Umsetzung der Ergebnisse des Architektenwettbewerbs und der Bürgerwerkstatt für die Bahnhofstraße. Dazu gehört auch eine Konkretisierung, was die Gemeinde auf ihren eigenen, im Planbereich gelegenen, Grundstücken machen will. Ich bin gegen ein Hotel mit sieben Vollgeschossen am Bahnhof. Die Gemeinde wird auch für ein derart großes Hotel kaum einen Investor finden. Ich sehe Verkehrsprobleme für die Anfahrt mit Bussen, den Lieferverkehr und die Gäste. Die Gemeinde hat als Grundstückseigentümerin sowohl die Nutzung als auch die Architektur in der Hand. Darin liegt eine Chance! Es sollte nun intensiv nachgedacht und dann schnell entschieden werden. Ich bin für eine Mischung aus Gastronomie, Läden, Praxen, Büros und Wohnungen, durchgrünt mit Aufenthalts- und Erlebnisräumen – wie dies das Siegerkonzept des Architektenwettbewerbs auch vorsieht. Generell kann ich mir darin integriert ein Hotel vorstellen, aber eben nicht so hoch (auch wenn die Architekten Hebersberger und Hüther dies aus städtebaulicher Sicht anders sehen).

Der Bereich des Grünen Baums ist soweit entwickelt, dass auf der Basis der letzten, von der Verwaltung, dem Grundeigentümer und dem Architekten untereinander abgestimmten Pläne auch eine vorgezogene Festsetzung und Realisierung im Wege eines Vorhaben- und Erschließungsplanes vertretbar erscheint. Das wäre also eine Gaststätte mit einem Saal von 60 qm und einer Freifläche (Biergarten) an der Straße, sowie ca. 20 Wohnungen.

In Abweichung von der Forderung des Bürgerbegehrens und im Einklang mit sich veränderten Wünschen der Bürger befürworte ich einen attraktiven Supermarkt im Gröbenzeller Norden, der nicht nur 400 qm, sondern mindestens das Doppelte an Fläche hat. Grund: Für einen Markt von nur 400 qm findet sich kein Betreiber. Es muss für die Menschen, die im Norden Gröbenzells wohnen, weiterhin auch dort einen fußläufig erreichbaren, attraktiven Nahversorger geben. Die 400 qm Grenze kam aufgrund des Irrtums zustande, der REWE in der Kirchenstraße wäre auch nur 400 qm groß. Das stimmt jedoch nicht. Dieser REWE hat ca. 800 qm Fläche. Auch könnten wir so den Autoverkehr ins Industriegebiet deutlich verringern.

**Weinberger zu 1.1 b.):** Außerdem ist die unverzügliche Wiederaufnahme der Neuüberplanung der Kirchenstraße wichtig, und zwar mit folgenden Zielen:

- Attraktivere Gestaltung des Verkehrsraumes, im Teilbereich mit Schrägparken, Aufwertung mit Grün, Niveaugleichheit der Verkehrsflächen, Beseitigung der Stolperfallen
- Attraktives Konzept für den Bereich zwischen der Hermann-Löns-Straße und der Bahnlinie (Alte Apotheke bis HEXE) und Anschub der Umsetzung
- Diskussion der in der Schublade verschwundenen Pläne, die es vor Jahren schon gab.

- Belegung des dortigen Gewerbes; Erhalt und Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten auch mit kleineren Läden, Berücksichtigung der Belange und Schutz des dortigen Einzelhandels durch Einholung eines Einzelhandelsgutachtens für den Gesamort.
- Zurückstellung der Pläne für das sog. Fahr-Grundstück bis zum Vorliegen dieser Ergebnisse

Planungsprozesse dauern lange, insbesondere dann, wenn die Bürgerbeteiligung ernst genommen wird. Für eine solche setze ich mich ein. Jeder Interessierte und Betroffene soll mit eingebunden werden. Gute Planung braucht ihre Zeit, soll aber auch nicht vor sich hindümpeln. Das Bauamt der Gemeinde muss effektiver organisiert, eventuell auch personell aufgestockt werden, um diese für die Zukunft der Gemeinde sehr wichtigen Planungen und Maßnahmen umsetzen zu können.

### 1.2 Wie steht Ihre Gruppierung zur Weiterentwicklung eines städtebaulichen Rahmenplans?

**Breitenfellner zu 1.2:** keine Antwort

**Holmer zu 1.2:** Grundsätzlich war der Städtebauliche Rahmenplan aus dem Jahre 1980 für lange Zeit ein probates Werkzeug um die Entwicklung Gröbenzells im positiven Sinne zu lenken. Viele der damals getroffenen Annahmen sind auch heute nach wie vor gültig. Nach über dreißig Jahren ist es aber aus meiner Sicht dringend notwendig, diesen Rahmenplan weiter zu entwickeln, zumal dieser Rahmenplan und seine formulierten Ziele in den letzten Jahren zunehmend in Vergessenheit geraten scheinen. Auch wenn sich die Einwohnerzahl „nur“ um etwas mehr als 10% erhöht hat und die damals maximale Bevölkerungsentwicklung von 22.000 Einwohner noch nicht erreicht ist, so haben sich doch gerade die Verkehrsströme und -wege in und um Gröbenzell stark verändert. Aus meiner Sicht sollte also dringend den veränderten Rahmenbedingungen durch eine Fortentwicklung des städtebaulichen Rahmenplans Rechnung getragen werden.

**Ritter zu 1.2:** Wir sehen den Rahmenplan als eine der zentralen Maßnahmen der Gemeindeentwicklung. Gröbenzell muss Entwicklungsziele in allen wichtigen Bereichen definieren: Verkehr, Grünentwicklung, Bebauung, Energiewende, Bildung, soziale Versorgung, Handels- und Gewerbeentwicklung. Der in den 80er Jahren entwickelte Rahmenplan bietet eine gute Grundlage und muss an die aktuellen Anforderungen angepasst werden.

**Schäfer zu 1.2:** positiv

**Weinberger zu 1.2:** Eine Überarbeitung des aus dem Jahr 1980 stammenden örtlichen Rahmenplans erscheint uns dringend notwendig. Dasselbe gilt für den Flächennutzungsplan, der aus derselben Zeit stammt. Es entspricht allgemeiner Meinung, dass solche Pläne nach 30 Jahren Geltungsdauer einer gründlichen Generalüberholung bedürfen.

Die Überarbeitung dieser Pläne zwingt die Gemeinde dazu, sich Gedanken über ihr Selbstverständnis und die Zukunft zu machen. Ein solcher Prozess bedeutet zwar Arbeit, Anstrengung und vor allem auch Diskussion, er kann aber nur nützlich sein.

Wie kann Gröbenzell in Anbetracht des Siedlungsdrucks seinen Charakter als Gartenstadt erhalten? Wie kann es auch seine Eigenständigkeit, inzwischen umgeben von lauter Städten, bewahren? Wie ist auf die Tatsache zu reagieren, dass Gröbenzell bezüglich des Altersdurchschnitts zusammen mit Geringering an der Spitze der Kommunen im Landkreis steht? Wie kann man junge Menschen und Familien im Ort halten bzw. den Ort für diese attraktiv machen, sodass sie hier bleiben oder wieder zurück kommen und Gröbenzell wieder jünger machen?

Auf Basis dieser Fragestellungen brauchen wir neue statistische Erhebungen, auch im Vergleich mit anderen Kommunen, um Problemfelder und Handlungsansätze zu erkennen. Die Themen umfassen die Bevölkerungsstruktur, die Betreuung älterer oder hilfsbedürftiger Menschen, den Verkehr, den Umwelt- oder Baumschutz, die Schulen, das Gewerbe, Freizeit und Erholung, Dienstleistungen und die Versorgung mit Gütern etc., um nur einige wichtige Bereiche zu nennen. Bei der erstmaligen Aufstellung des Flächennutzungsplanes 1980 und der Entwicklung des Rahmenplanes wurden auch derartige grundlegende Voruntersuchungen unternommen.

### 1.3 Welche Vorgaben für die Bebauungspläne sollten darin enthalten sein?

**Breitenfellner zu 1.3:** keine Antwort

**Holmer zu 1.3:** Ich sehe es angesichts der knappen Fläche und dem Wunsch nach Erhaltung der Grünzüge in Gröbenzell als notwendig an, eine höhere Bebauung mit niedriger Grundfläche zu favorisieren, anstatt weiterhin möglichst flach zu bauen und dabei eine große Fläche zu versiegeln. Unsere Fraktion

hat in der Vergangenheit auch bereits einen Antrag im Gemeinderat für einen Bonus bei flächensparendem Bauen eingereicht, der aber leider aufgrund der Mehrheitsverhältnisse abgelehnt wurde. Außerdem sollte bei Bauvorhaben der Erhalt von Bäumen stärker gefördert werden. Eine Neuausweisung von Baurecht darf nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden, wenn es um Bauvorhaben von öffentlichem Interesse geht, wie z.B. bei Schulen, Kindergärten oder betreuten Wohnmöglichkeiten. Bestehende Parks und Grünflächen sollten dauerhaft vor einer baulichen Nutzung geschützt werden.

**Ritter zu 1.3:** Die nötigen Vorgaben sind vielschichtig. Eine reine Begrenzung der GfZ hilft nicht weiter, um den Charakter Gröbenzells zu erhalten. Dies führt in der Praxis nicht selten dazu, dass die gesamte GfZ in einem ebenerdigen Geschoß verbaut wird und trotz niedriger GfZ ein enormer Flächenverbrauch entsteht. Ich halte es für notwendig bei zukünftigen Bebauungen zu definieren welche Bodenfläche maximal versiegelt werden darf. Die bestehenden Höhenbegrenzungen sollten Orientierungswert bleiben. Die Vorgaben können sicher von Ortsteil zu Ortsteil variieren (auf Grund der Ursprungsbebauung) sollen aber dazu dienen, den Charakter Gröbenzells und die miteinander verbundenen Innerörtlichen Grünzüge zu erhalten und zu stärken.

Der Rahmenplan muss hier die Ziele für die Gemeinde definieren, die konkreten Vorgaben müssen natürlich durch Gemeinderatsbeschlüsse Anwendung finden.

Ein weiterer Punkt ist die konsequente Anwendung der bestehenden Bauvorgaben. Ausnahmen dürfen nicht zur Regel werden, wenn Ausnahmen gemacht werden, müssen sie begründet sein. Gegen Verstöße (das gilt auch für andere Bereiche wie den Baumschutz) muss vorgegangen werden.

**Schäfer zu 1.3:** flächensparend, Durchgrünung sichern,

**Weinberger zu 1.3:** Das hängt meines Erachtens davon ab, welche Vorstellungen, Ideen und Ergebnisse sich im Zuge der Neubearbeitung des Rahmen- und des Flächennutzungsplanes herauskristallisieren. Die Grundanforderungen an eine vernünftige Bauleitplanung sind bereits im Gesetz (BauGB) zutreffend verankert:

- Sparsamer Umgang mit Grund und Boden
- keine unnötige Versiegelung
- Schutz des Ortsbildes und damit für Gröbenzell die Beibehaltung des Gartenstadtcharakters
- Sorgfältige Abwägung der öffentlichen und privaten Interessen
- Bürgerbeteiligung

Die in Gröbenzell bestehenden Bebauungspläne sind flächendeckend für das gesamte Gemeindegebiet vorhanden, was eine große Kraftanstrengung der Verwaltung war und keinesfalls selbstverständlich ist. Andere Kommunen haben das nicht. Der § 34 BauGB (Bebauung im sog. Innenbereich, d.h. außerhalb der Geltung eines Bebauungsplanes) spielt daher in Gröbenzell fast keine Rolle mehr. Eine umso größere Rolle spielen sogenannte isolierte Abweichungen vom Bebauungsplan, wenn ein Bauwerber sich an eine Festsetzung nicht halten will (z. B. eine andere Dachform will, oder das vorgegebene Baufenster bzw. die GFZ nicht einhalten will). Hier kam es in der Vergangenheit oft zu einer etwas willkürlich anmutenden Genehmigungspraxis in der Verwaltung, d.h. dem einen wurde etwas problemlos zugestanden und dem anderen trotz vielleicht guter Gründe nicht. Das hat Ärger verursacht und auch zu Änderungen geführt, z. B. in Form der Freigabe der Dachformen.

Den hier in Gröbenzell aus Anlass eines einzelnen Bauvorhabens entwickelten GFZ-Bonus für energieeffizientes Bauen halten wir für ein positives Beispiel, wie auf geänderte Erwartungen und Gegebenheiten sinnvoll reagiert werden kann.

Wichtig ist in Zukunft: Bei den Dingen genau hinschauen und neue Vorschläge und Bedürfnisse ernsthaft prüfen. Die Verwaltung soll Dienstleister und nicht Bevormunder der Bürger sein. Transparenz und richtige, gleichförmige Anwendung der Gesetze sind uns wichtig.

#### 1.4 Werden Sie die Ergebnisse des Bürgerentscheids „Bahnhofstraße“ in die Planung einfließen lassen?

**Breitenfellner zu 1.4:** Im Fall Bahnhofstraße gilt für mich die Umsetzung des Architektenwettbewerbs, an dessen Preisvergabe bekanntlich auch der Bund Naturschutz beteiligt war, als bald zu erreichendes Ziel.

**Holmer zu 1.4:** Die Ergebnisse des Bürgerentscheids, sowie des anschließenden Architektenwettbewerbs und der Bürgerwerkstatt stellen für mich die zentralen Eckpfeiler für die zukünftige Planung dar. Ein Verstoß gegen die Ergebnisse wäre eine Missachtung von klaren Wünschen der Mehrheit der Gröbenzeller Bevölkerung. Dies kommt für mich also nicht in Frage!

**Schäfer zu 1.4:** selbstverständlich, denn das ist unser Maßstab

**Ritter zu 1.4:** Der Bürgerentscheid Bahnhofstraße ist für uns Planungsgrundlage.

**Weinberger zu 1.4:** Wie oben bereits erwähnt hat der Architektenwettbewerb bezüglich der Bahnhofstraße unter Beteiligung der Bürger ein einstimmiges Ergebnis gebracht und ich fordere eine zügige Umsetzung der Ergebnisse. Allerdings hat sich seit 2008 im Gröbenzeller Norden ein Bedürfnis nach einem attraktiven, fußläufig erreichbaren, attraktiven Supermarkt entwickelt (Basis Bürgerbefragung). Dieser ist auch aus meiner Sicht zur Sicherung der Nahversorgung der Bürger im Gröbenzeller Norden dringend notwendig. Daher ergibt sich eine Ausnahme und die im Bürgerentscheid von 2008 festgelegte Beschränkung der Verkaufsfläche auf 400 qm für einen Nahversorger muss dringend überdacht werden (notfalls in einem separaten Bürgerentscheid), da sich für eine derart beschränkte Fläche kein Betreiber findet. Es ist daher dringend eine Vergrößerung der zulässigen Verkaufsfläche zur Sicherung der Nahversorgung der Bürger im Gröbenzeller Norden erforderlich. Dies ist besonders wichtig für die weitere Entwicklung unserer Gemeinde, da damit auch der motorisierte Individualverkehr in Form von Einkaufsfahrten in das Gewerbegebiet am östlichen Ortsausgang verringert und die Bahnhofstraße endlich belebt werden würde (siehe auch oben).

1.5 Wie würden Sie die künftige Entwicklung der Gartenstadt Gröbenzell innerhalb der Metropolregion München gestalten wollen?

**Breitenfellner zu 1.5:** Da außerdem Gröbenzell als kleinste Landkreisgemeinde und als dichtest besiedelte Gemeinde in der Region München keine nennenswerten Baulandreserven mehr hat, kann die Gemeinde keinen Beitrag zur Siedlungsentwicklung und zur Behebung der Wohnungsknappheit in der Region mehr leisten. Neue Bauflächen sehe ich – in Übereinstimmung mit dem Ergebnis des Architektenwettbewerbs – nur in Form einer Nachverdichtung an der westlichen Bahnhofstraße.

**Holmer zu 1.5:** Gröbenzell wird zukünftig einem noch stärkeren Siedlungsdruck in die gesamte Metropolregion München ausgesetzt sein. Hier gilt es den Gartenstadtcharakter Gröbenzells zu bewahren und gleichzeitig den öffentlichen Nahverkehr in der gesamten Region so zu erweitern, dass künftig nicht noch mehr Autos unsere Straßen verstopfen und unsere Luft verschmutzen. Letztlich wird sich aber auch Gröbenzell angesichts des Wandels in der gesamten Region verändern. Dieser Wandel muss aber so behutsam wie möglich und ohne Verlust der ortsbildprägenden Farbe Grün stattfinden.

**Ritter zu 1.5:** Gröbenzell hat keine Reserven um den Siedlungs- und Wirtschaftsdruck der Region München abzufangen. Ein solcher Anspruch kann auch nicht teilweise formuliert werden. Trotzdem ist eine intensive Zusammenarbeit mit den kommunalen Nachbarn notwendig. Einerseits um Gröbenzeller Interessen bei deren Planungen zu vertreten, zum anderen um dort zusammenzuarbeiten, wo Kooperation von Nutzen ist. Beispiele wären hierzu der öffentliche Nahverkehr, Versorgung mit sozialen oder kulturellen Angeboten sowie Schulen oder Grünplanung.

Mein Ziel ist es, Gröbenzell für alle Bevölkerungsgruppen lebenswert zu erhalten. Man muss ehrlich sein: die Gartenstadtqualitäten führen natürlich auch dazu, dass Gröbenzell für Menschen mit höherem Einkommen sehr attraktiv ist und immer attraktiver wird. Das trifft die Jungen, die hier Familien gründen und die Senioren, die hier schon lange leben und nur eine geringe Altersversorgung haben – wie etwa viele alleinstehende Seniorinnen. Bezahlbares Wohnen und bezahlbare soziale Angebote für Senioren und Familien zu schaffen ist mein Ziel für die nächsten Jahre: Gröbenzell soll für alle lebenswert bleiben. Günstiges Bauen steht dabei nicht im Widerspruch zum Gartenstadtcharakter. Leider wird der Begriff „Gartenstadt“ zu oft mit dem Begriff „Villenviertel“ verwechselt. Die „Erfinder“ der Gartenstadtidee wollten Wohnraum für alle schaffen. Natürlich braucht es dafür auch Konzepte, die unseren heutigen Anforderungen entsprechen. Diese Konzepte will ich gemeinsam mit den Gröbenzellern entwickeln.

**Schäfer zu 1.5:** Wir können uns nicht im Sinne der Bebauung in die Metropolregion einbringen, dafür haben wir keinen Platz. Und unser „grünes Gesicht“ wollen wir nicht aufgeben. Zusammenarbeit sehe ich im Sinne der Infrastruktur generell, besonders im öffentlichen Nahverkehr und im Radwegenetz.

**Weinberger zu 1.5:** Gröbenzell ist ein liebens- und lebenswerter Ort, in dem die Bürger gerne wohnen und arbeiten und soll das auch bleiben. Ich möchte die Zukunft unserer Gemeinde nachhaltig gestalten, sodass der Ort seine Eigenständigkeit und seine Identität bewahrt, es den Bürgerinnen und Bürgern dabei gut geht und auch zukünftige Generationen in der Gemeinde eine Perspektive haben.

Der Gemeinderat hat nach der sprunghaften Entwicklung Ende der 60er und in den 70er-Jahren nur ein sehr moderates Wachstum der Gemeinde zugelassen. Schon alleine wegen der knappen Flächenreserven der Gemeinde soll sich an dem Ziel eines nur maßvollen Wachstums auch in den nächsten Jah-



ren nichts ändern. Es ist nicht die Aufgabe Gröbenzells, den Siedlungsdruck der Stadt München abzubauen.

Der Gartenstadtcharakter soll unbedingt erhalten bleiben. Wichtig sind zum Beispiel die besondere Förderung des Radverkehrs und der Erhalt von Grünflächen sowie die Lösung von Verkehrsproblemen. Der Böhmerweiher soll naturnah als Erholungsgebiet gestaltet werden. Alle Entscheidungen der Gemeinde sind auf Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit zu überprüfen und die Empfehlungen örtlicher Arbeitskreise (z.B. Agenda 21, Bund Naturschutz) zu berücksichtigen.

1.6 Wie stehen Sie zu Mobilfunktürmen in Wohngebieten?

**Breitenfellner zu 1.6:** Bezüglich des Mobilfunks soll die bisherige Handhabung beibehalten werden.

**Holmer zu 1.6:** Mobilfunk und Mobilfunktürme sind aus unserer heutigen Gesellschaft nicht mehr wegzudiskutieren. Angesichts ungeklärter Langzeitfolgen für die Gesundheit von Mensch und Tier, sehe ich es aber als Aufgabe der Gemeinde an, den Bau von Mobilfunktürmen in unmittelbarer Nähe der Wohnbebauung zu verhindern. Ganz besonders gilt dies in der Nähe von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Im Gegensatz zur Vergangenheit werde ich alle Hebel in Bewegung setzen, um Alternativstandorte für solche Bauten zu realisieren, die deutlich weiter von der Wohnbebauung entfernt sind.

**Ritter zu 1.6:** Bisher haben die Kommunen wenige Handlungsspielräume bei der Einrichtung von Mobilfunkantennen. Die Errichtung von Antennen ist rechtlich auch in reinen Wohngebieten zulässig und ist in vielen Fällen schon gerichtlich durchgesetzt worden. Es gibt bisher nur wenige Ausnahmefälle, bei denen die Verwaltungsgerichte zu Ungunsten der Netzbetreiber entschieden haben. Fast immer führte das nicht zu einer Verhinderung einer Mobilfunkanlage, sondern zur Verlagerung an einen Alternativstandort in der Nähe. Zudem gehört die Sicherstellung einer flächendeckenden Kommunikationsinfrastruktur zu Grundversorgungsauftrag der Kommunen. Soviel zur rechtlichen Lage.

Der reine Satz „lehne ich ab“ würde vor diesem Hintergrund dem Problem nicht gerecht werden. Zumal Gröbenzell nahezu vollständig aus Wohngebieten besteht. Daher muss jeder Standort von der Gemeinde auf Eignung überprüft und ggf Alternativstandorte angeboten werden. Die Belastung muss durch geeignete Standortwahl so gering wie möglich gehalten werden. Unmittelbare Nähe zu Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen muss ausgeschlossen werden.

**Schäfer zu 1.6:** im Vorfeld mit Betreibern allgemein akzeptierte Standorte besprechen, denn sonst haben wird durch die gesetzlich verankerte Privilegierung fast keine Möglichkeit, etwas zu verhindern.

Beim Mobilfunkmasten /Bauhof hätten wir die Möglichkeit gehabt einen für uns günstigeren Standort zu bekommen. Die geforderte Zufahrt wollte der Gemeinderat aber nicht finanzieren. Nur die Gemeinderätin Monika Baumann von den Grünen und ich stimmten damals für die Zufahrt, und somit für eine Verlegung des Funkmastes.

**Weinberger zu 1.6:** Mobilfunktürme gehören nicht in Wohngebiete.

2. Energiepolitik

2.1 Wie stehen Sie zur lokalen Umsetzung der Energiewende und welche Maßnahmen schlagen Sie dazu vor?

**Breitenfellner zu 2.1:** Als Bürgermeister werde ich mich dafür einsetzen, dass die Gemeinde die bisherigen Fördermöglichkeiten für Maßnahmen zur Energieeinsparung beibehält (Beratung, Zuschüsse). Hierzu gehört auch die Fortentwicklung des Bonussystems für energieeffizientes Bauen. Ich unterstütze Maßnahmen zur Erzeugung regenerativer Energie, insbesondere durch die Beteiligung der Gemeinde an den entsprechenden Planungen der KommEnergie (Windkraft und Fotovoltaik), aber auch durch die Fortsetzung der Förderung von Fotovoltaik-Anlagen auf gemeindlichen Dächern.

**Holmer zu 2.1:** Ich begrüße ganz deutlich die Entwicklung, öffentliche Gebäude zu sanieren und somit deren Energiebedarf deutlich zu senken, wie es in den letzten Jahren schon teilweise geschehen ist. Diese Entwicklung muss aber noch deutlich weiter gehen als bisher. Insbesondere das Rathaus selbst ist energietechnisch in einem katastrophalen Zustand. Zusätzlich müssen in Zukunft sämtliche öffentlichen Gebäude mit Solar- oder Photovoltaik-Anlagen versehen werden, um hier auch selbst regenerativ Strom zu erzeugen. Ein aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat gescheitertes „Solarkataster“ ist nach der Wahl schnellstmöglich erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Hierdurch würde Bürgern und Bürgerinnen eine einfache Möglichkeit geboten, die Eignung ihrer Häuser für regenerative Stromerzeugung in einem ersten Schritt zu prüfen.

Des Weiteren begrüße ich die Investitionen der KommEnergie, und damit auch des Anteilseigners Gröbenzell, in Windkraftprojekte zwischen Augsburg und Ingolstadt zu investieren. In Gröbenzell selbst sind diese aufgrund der dichten Bebauung nicht möglich. Gerade bei dem kommunalen Energieversorger KommEnergie gibt es aber noch deutlichen Verbesserungsbedarf. Die Verflechtung mit dem Atomkonzern E.ON ist soweit als möglich zurückzufahren und das bisherige Ökostromangebot verspricht mehr, als es wirklich wert ist. Statt Strom aus alten, abgeschriebenen Wasserkraftwerken zu beziehen, sollte tatsächlich regenerativer Strom an die Bürgerinnen und Bürger Gröbenzells verkauft werden. Das aktuelle Angebot stellt aus meiner Sicht nur ein unzureichendes Angebot dar.

**Ritter zu 2.1:** Ich will, in Zusammenarbeit mit Verbänden und Bürgern, ein Gröbenzeller Klimaschutzprogramm entwickeln, das die Klima- und Energieziele sowie Maßnahmen für deren Umsetzung definiert. Energiewende bedeutet nicht nur Energiesparen und Verwendung regenerativer Energien, sondern die Frage nach der CO<sub>2</sub>-Einsparung bzw. Neutralität in alle Entscheidungen mit einzubeziehen. Bei der Erstellung sind Fachleute miteinzubeziehen.

**Schäfer zu 2.1:** lokale Energiewende ist unser Ziel. Deshalb muss dringend ein Umwelt- und Energiemanager in der Gemeinde eingestellt werden. Durcharbeitung und Bewertung der Ergebnisse des Klimaschutzkonzeptes.

**Weinberger zu 2.1:** Da unser Ort eine solch dichte Bebauung aufweist, ist es leider nicht möglich, mit Großprojekten wie Windrädern, Solarfeldern oder Geothermie- Projekten die Energiewende bis 2030 zu schaffen. Daher muss man realistisch sein und eingestehen, dass unsere Gemeinde auch über das Jahr 2030 hinaus externe Energie beziehen muss. Dennoch sollten wir den Landkreis und Ziel 21 bei der Schaffung von landkreisweiten Konzepten unterstützen.

In Gröbenzell ist es sehr wichtig, die Bürgerinnen und Bürger zum Energiesparen, zum energetischen Sanieren und zur Umstellung ihrer Versorgung auf erneuerbare Energien zu motivieren! Auch könnten mehr Solaranlagen auf Dächern und weitere sogenannte Bürgersolaranlagen installiert werden. In Bezug auf Wärmepumpen sieht es in Gröbenzell bereits sehr gut aus, da sich diese auf Grund des hohen Grundwasserspiegels für die Bürger lohnen. Diese Maßnahmen sind auch in Zukunft zu unterstützen.

2.2 Welche Energieeinsparungsmöglichkeiten sehen Sie? Wie setzen Sie diese um?

**Breitenfellner zu 2.2:** keine Antwort

**Holmer zu 2.2:** In Zukunft muss die Dämmung öffentlicher Gebäude noch stärker forciert werden. Bereits heute ist es bei Neubauten möglich sogenannte „Plus-Energie-Häuser“ zu bauen. Dies muss ab sofort das Ziel bei gemeindlichen Neubauten sein. Alle Sanierungen müssen mindestens in Passiv-Bauweise durchgeführt werden, wobei unbedingt alle Möglichkeiten bis zum letzten Punkt ausgeschöpft werden müssen. Des Weiteren werde ich bei Straßenlaternen den Austausch der alten Geräte hin zu deutlich sparsameren LEDs forcieren. Hier ließe sich auch mittels eines Bewegungsmelders die Effizienz deutlich erhöhen. Aufgrund hierdurch sehr hoher anfallender Kosten, fordere ich bei alten Peitschenlampen mit Leuchtstoffröhren jeweils zwei Leuchtmittel durch eine sogenannte Thermoröhre zu ersetzen, was den Stromverbrauch halbiert, erstaunlicher Weise aber kaum zu Einbußen bei der Helligkeit führt.

**Ritter zu 2.2:** Die Gemeinde ist auch Vorbild. Gemeindliche Baumaßnahmen müssen hohe energetische Standards erfüllen, gemeindliche Gebäude – wo noch nicht geschehen – Schritt für Schritt energetisch saniert werden, die technischen Anlagen der Gemeinde überprüft und wo nötig modernisiert werden. Die Investitionsmittel für die energetische Modernisierung der Gemeinde sind allerdings nicht innerhalb weniger Jahre aufzubringen. Ich halte daher die Erstellung eines Mehrjahresinvestitionsprogramms für Gröbenzell für dringend notwendig um hier zielgerichtet planen zu können. Die Investitionen in die energetische Sanierung der Gemeinde müssen auch mit Investitionen in andere Bereiche – wie der Bildung – in Einklang gebracht werden.

**Schäfer zu 2.2:** Da die meiste Energie von den Haushalten verbraucht wird, ist hier anzusetzen mittels Information und konkreten Vorschlägen. Dafür braucht es Personal.

**Weinberger zu 2.2:** Die Energiesparmöglichkeiten sind vielfältig und müssen den Bürgern in Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen, wie z.B. der AGENDA 21, näher gebracht werden, die auch Ideen direkt in den Entscheidungsprozess mit einbringen sollen. Es gilt z.B., Häuser und Wohnungen zu isolieren, neue Fenster einzubauen und beim Kauf von Elektrogeräten auf den Stromverbrauch zu achten. So wäre es möglich, 35% des momentanen Verbrauchs in Gröbenzell einzusparen. Dieselben Maßnahmen sind von der Gemeinde an kommunalen Gebäuden zu treffen, um als Vorbild voranzugehen.

### 2.3 Wie steht Ihre Gruppierung zur Windenergie?

**Breitenfellner zu 2.3:** keine Antwort

**Holmer zu 2.3:** Wir GRÜNE und auch ich persönlich stehen uneingeschränkt zur Windenergie an Land unter Beachtung der aktuellen Rechtslage zur Abstandsregelung. Eine Erweiterung dieser Abstandsregel lehne ich strikt ab. Natürlich sind beim Bau neuer Windkraftanlagen aber Belange des Natur- und Umweltschutzes zu beachten. Allerdings dürfen diese nicht ihren eigentlichen Zweck konterkarieren, nämlich den Umweltschutz mit Hilfe einer regenerativen Energieerzeugung. Außerdem wird durch dezentrale Energieerzeugung der Bedarf an Hochspannungsleitungen deutlich geringer ausfallen. Dass aber eine Hochspannungsleitung ästhetischer ins Landschaftsbild passen würde, als ein Windrad, konnte mir bisher noch niemand glaubwürdig darlegen!

**Ritter zu 2.3:** Regionale Erzeugung von Windenergie ist ein wichtiger Beitrag zur Energiewende.

**Weinberger zu 2.3:** Die Windenergie ist ein wichtiger Bestandteil auf dem Weg zur Energiewende. Wir unterstützen daher das landkreisweite Standortkonzept für Windräder. Allerdings soll beim Bau standortabhängig auf Landschaftsbild, Ökologie und Abstand zur Wohnbebauung geachtet werden.

**Schäfer zu 2.3:** positiv, leider in Gröbenzell nicht möglich

### 2.4 Wie machen Sie die Notwendigkeit der Energieeinsparung zu einem Anliegen der Bürger?

**Breitenfellner zu 2.4:** Die Gemeinde wird auch weiterhin der Agenda 21 und allen anderen Organisationen und Vereinen, die für regenerative Energien werben, genügend Platz in ihren Mitteilungsblättern zur Verfügung stellen bzw. für entsprechende Veranstaltungen, wie bisher schon, kostenlos Räumlichkeiten bereitstellen.

**Holmer zu 2.4:** Zum Einen stelle ich mir ein deutlich verbessertes Angebot der kommunalen Energieberatung vor, welches der Gröbenzeller Bevölkerung Tipps zur Einsparung von Energie gibt. Das bisherige Angebot ist zwar qualitativ durchaus zufriedenstellend, aber gerade für Berufstätige stellen die Uhrzeiten doch immer wieder ein Problem dar. Zum Anderen möchte ich durch den bereits oben beschriebenen Bonus für flächensparendes Bauen dafür sorgen, das Gebäude schlichtweg kompakter sind als noch im Moment, was ebenfalls zu einem niedrigeren Energiebedarf führen würde, als bisher. Zu guter Letzt wird auch der Markt aufgrund steigender Energiepreise für einen weiteren Anreiz der Energieeinsparung sorgen. In Gröbenzell bietet sich aufgrund des hohen Grundwasserstandes für viele Gebäude eine Beheizung durch Grundwasserwärmepumpen an, die besonders dann ökologisch und für den Gebäudebesitzer dauerhaft niedrige Betriebskosten verursachen, wenn der Strom für die Wärmepumpen über Photovoltaik gewonnen wird. Das verursacht aber hohe Investitionskosten, bei denen die Gemeinde einen Zuschuss anbieten oder über Energieberater eine Finanzierungsberatung anbieten könnte, denn viele Menschen reagieren leider häufig erst, wenn Sie selbst (im eigenen Geldbeutel) Vorteile sehen. Trotzdem denke ich auch, dass die Gemeinde keine Gelegenheit auslassen sollte, um bei den Bürgerinnen und Bürgern Überzeugungsarbeit zu leisten und diese somit vom Selbstzweck der Energieeinsparung zu überzeugen.



**Ritter zu 2.4:** Ich will das Gröbenzeller Klimaschutzprogramm im Rahmen einer erweiterten Bürgerbeteiligung entwickeln. Die Energieberatung im Rathaus soll beibehalten werden und ich will die Bauberatung des Rathauses eng an eine Energieberatung anbinden.

**Schäfer zu 2.4:** siehe 2.2, mehr Beratung, auch zu Hause.

**Weinberger zu 2.4:** Die Gewährung von zusätzlichem Baurecht sollte von einer energiesparenden Bauweise abhängen. Durch diesen Bonus sind die Bürger leichter zu motivieren. Auch soll weiterhin ein Zuschuss zur Dämmung von älteren Häusern von Seiten der Gemeinde bereit gestellt und die Nutzung energiesparender Techniken, wie z.B. der Wärmepumpe, belohnt werden. Die Mittel von jährlich 20.000 Euro zur energetischen Sanierung wurden bisher nur zu einem geringen Teil abgerufen. Daher muss man weitere Anreize schaffen (in Absprache mit AGENDA 21) und langfristig zu einem Bewusstseinswandel beitragen. Wichtig sind auch eine umfassende Beratung der Bürger im Rahmen einer noch umfangreicheren Energieberatung im Rathaus und das Aufzeigen der Rentabilität, vor allem bei der Verbindung unterschiedlicher Maßnahmen (z.B. Solaranlage auf dem Dach, Dämmung und Wärmepumpe).

2.5 Mit welchen Finanzmitteln werden sie die kommunalen Gebäude energetisch sanieren und Energiesparkonzepte fördern?

**Breitenfellner zu 2.5:** Die energetische Sanierung der kommunalen Gebäude soll im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde fortgesetzt werden.

**Holmer zu 2.5:** In diesem besonderen Fall, wäre aus meiner Sicht sogar eine kreditfinanzierte Lösung denkbar. Schließlich werden nach einer solchen Sanierung in den darauffolgenden Jahren erhebliche laufende Kosten gespart. Natürlich muss man jeden Einzelfall genau prüfen, ob dieser Kredit rentierlich ist und ob diese Investition letztlich einen positiven Barwert hat. In Zeiten mit niedrigen Zinsen und hohen Energiekosten, rechnen sich viele Sanierungsmaßnahmen binnen weniger Jahre. Gegebenenfalls muss angesichts der dringlichen Aufgabe ganz klar über alternative Finanzierungsmöglichkeiten durch Verschiebungen innerhalb des gemeindlichen Haushalts nachgedacht werden. Sollten finanzielle Hilfen, wie durch die Konjunkturpakete der vergangenen Jahre, möglich sein, so sind diese natürlich zu nutzen.

**Ritter zu 2.5:** Bevor man die Herkunft der Finanzmittel festlegt, muss zuerst die Höhe des Bedarfs ermittelt werden. Die Maßnahmen können mit Sicherheit nicht in kurzer Zeit durchgeführt werden, da auch in anderen Bereichen durch die Stagnation der letzten Jahre ein enormer Investitionsstau entstanden ist. Eine Prioritätensetzung bei den einzelnen Projekten ist deshalb im Rahmen des genannten Mehrjahresinvestitionsprogramms notwendig.

Größtenteils werden die Mittel aus dem normalen Investitionshaushalt der Gemeinde kommen müssen. Zuschussmöglichkeiten müssen auf föderaler, nationaler und europäischer Ebene geprüft und Sonderprogramme ausgenutzt werden. Eine Zusammenarbeit mit der KommEnergie ist sinnvoll.

**Schäfer zu 2.5:** die Gemeinde ist hier auf einem guten Weg. Sie verbraucht auch nur knapp 2,5% der gesamten Wärme-Energiemenge in Gröbenzell. Gemeinde hat auf jeden Fall Vorbildcharakter. Die Fördermittel für den privaten Wohnungsbau (Sanierung) wurden in den letzten 4 Jahren nur zu 41% ausgeschöpft. Die nicht abgerufenen Haushaltsmittel müssen ins nächste Haushaltsjahr übertragen werden und die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden.

**Weinberger zu 2.5:** Die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden ist sehr wichtig. Die Effektivität wurde eindrucksvoll am Beispiel der Ährenfeldschule aufgezeigt, wo jährlich laut AGENDA 21 ca. 600.000 KW/h eingespart werden. Dies entspricht der 20-fachen Jahresleistung der Bürgersolaranlage auf dem Bauhof. Die Sanierung der kommunalen Gebäude soll den Bürgern als Vorbild dienen! Dafür sind von Seiten der Gemeinde sämtliche verfügbare Fördermittel zu beantragen.

2.6 Welche Formen regenerativer Energie werden Sie fördern? Wie sollen die Maßnahmen aussehen?

**Breitenfellner zu 2.6:** keine Antwort

**Holmer zu 2.6:** Ich möchte insbesondere Investitionen in Solarthermie- und Photovoltaik-Anlagen vor Ort, sowie Investitionen in bestehende Windkraftprojekte anderorts vorantreiben. Hier sind auch Bürgergenossenschaften oder andere Beteiligungsmodelle denkbar und werden von mir angestrebt. Zusätzlich möchte ich natürlich die privaten Hauseigentümer und -eigentümerinnen animieren, möglichst selbst in die regenerative Stromerzeugung zu investieren, wozu die Erstellung eines Solarkatasters von großem Nutzen wäre (siehe oben).

**Ritter zu 2.6:** Soweit es die individuelle Energieerzeugung in Gröbenzell betrifft, halte ich eine CO<sub>2</sub> reduzierte Energiegewinnung zwar durchaus für förderfähig, möchte aber einen besonderen Schwerpunkt auf CO<sub>2</sub> neutrale Energieformen legen. Für Gröbenzell halte ich die Erstellung eines Solarkatasters für sinnvoll. Oberflächennahe Geothermie ist ebenfalls eine förderungswerte Energieform, die in der Gemeinde Anwendung finden kann. Meine persönlichen Schwerpunkte für bestimmte Fördermaßnahmen werde ich festlegen, wenn es in Vorbereitung des Gröbenzeller Klimaschutzprogramms zumindest eine Bestandsaufnahme der aktuellen Neubau- und Sanierungssituation bei Energiegewinnungsanlagen in Gröbenzell gibt.

**Schäfer zu 2.6:** Alle regenerativen Energien, die im Einzelfall sinnvoll sind. Förderungen vor allem von Mitteln für Energieeinsparmöglichkeiten.

**Weinberger zu 2.6:** In Gröbenzell sollte man auf Grund der begrenzten Fläche auf die Reduzierung des Energieverbrauchs setzen! Weiterhin sollen oben genannte Maßnahmen wie z.B. Solaranlagen auf Dächern und Wärmepumpen gefördert und Anreize beim Bau gegeben werden.

2.7 Befürworten Sie eine kommunale Förderung zum Austausch von alten, verbrauchsintensiven privaten Heizungspumpen?

**Breitenfellner zu 2.7:** keine Antwort

**Holmer zu 2.7:** Häufig kostet der Austausch einer alten Heizungsumwälzpumpe nur wenige hundert Euro, die sich binnen 4-5 Jahren durch Stromeinsparung amortisieren. Grundsätzlich kann ich mir auch eine Förderung vorstellen, wobei ich die Kommune vielmehr in der Pflicht sehe, hier für Aufklärung zu sorgen, welchen finanziellen Nutzen die jeweiligen Hauseigentümer durch einen Austausch der Heizungspumpe hätten. Letztlich würde ich die kommunale Förderung vordringlich für Mieter sehen, die gerne an Heizkosten und Energie sparen würden, der Eigentümer oder die Eigentümerin aber nicht bereit ist, Geld für einen Austausch in die Hand zu nehmen, da er oder sie selbst ja nicht unmittelbar profitieren würde.

**Ritter zu 2.7:** Ich halte es für richtig auch hierfür Anreize zu schaffen. Ob dies durch eigene finanzielle Zuschüsse der Gemeinde geschehen soll, will ich gerne prüfen. Allerdings gibt es – z.B. über die KfW – bereits Fördermöglichkeiten, die möglicherweise noch nicht ins Bewusstsein der Hausbesitzer getreten sind. Dies will ich durch gemeindliche Beratung verbessern. Ich halte – wie dies in vielen anderen Kommunen der Fall ist – eine Konzentration der Fördermöglichkeiten beim öffentlichen Versorger KommEnergie für sinnvoll. Hier könnten durch einen „Förderlotsen“ die richtigen Programme für jeden Bedarf gesucht, Hilfestellung bei der Beantragung gegeben und die Antragsteller durch den Antragsprozess begleitet werden. Die Entwicklung von eigenen Förderprogrammen – etwa in Kooperation mit der Kreissparkasse und den Gemeinden – ist hier gut aufgehoben.

**Schäfer zu 2.7:** ja

**Weinberger zu 2.7:** Ja, diese Förderung befürworte ich.

2.8 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Gemeinde Gröbenzell dauerhaft ausschließlich Strom aus regenerativen Quellen (nicht aus alten abgeschriebenen Wasserkraftwerken) bezieht?

**Breitenfellner zu 2.8:** keine Antwort

**Holmer zu 2.8:** Uneingeschränkt ja! Auch würde ich gerne die KommEnergie dazu bewegen, ausschließlich wirklich regenerativ erzeugten Strom zu verkaufen. (siehe oben)

**Ritter zu 2.8:** Wieweit die verschiedenen Stromarten an den Strombörsen unterscheidbar sind kann ich nach meinem aktuellen Kenntnisstand nicht beurteilen. Allerdings halte ich es für richtig regenerativen Strom so einzukaufen, dass die Erlöse in den weiteren Ausbau fließen und kein „Umetkettierter“ Strom gekauft wird. Am besten ist das wohl zu kontrollieren, wenn sich die Gemeinde über die KommEnergie breit an Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung beteiligt, um einen möglichst hohen Anteil regional selbst decken zu können.

**Schäfer zu 2.8:** ja

**Weinberger zu 2.8:** Ja, dafür werde ich mich einsetzen.

3. Natur

3.1 Welche Position vertreten Sie zur Gröbenzeller Baumschutzverordnung?

**Breitenfellner zu 3.1:** Die Baumschutzverordnung in ihrer aktuellen Fassung hat sich bewährt und soll beibehalten werden.

**Holmer zu 3.1:** Die Gröbenzeller Baumschutzverordnung ist äußerst hilfreich für den Erhalt des Gartenstadtcharakters von Gröbenzell. Auch wenn es in einigen Punkten zu laxen Vorschriften gibt, so halte ich sie im Großen und Ganzen doch für ausreichend. Allerdings müssen die Vorgaben, die aufgrund der Baumschutzverordnung zu beachten sind, insbesondere die Verpflichtung zur Nachpflanzung deutlich konsequenter durch die Gemeinde Gröbenzell kontrolliert werden. Eine weitere Aufweichung lehne ich strikt ab.

**Ritter zu 3.1:** Nicht wenige Probleme treten auf, da die Baumschutzverordnung nicht konsequent zur Anwendung kommt. Das will ich ändern. Dabei gilt:

- a. Das Recht ist für alle gleich
- b. Ausnahmen müssen begründet sein
- c. bewusster Verstoß gegen das Recht muss sanktioniert werden
- d. Anträge müssen durch Verwaltung und Bauausschuss gründlich, aber zügig geprüft werden.

Die fehlende Sanktionierung nicht genehmigter Baumfällungen führt dazu, dass jemand, der korrekt einen Antrag auf Baumfällung stellt, am Ende schlechter dasteht als jemand der das Recht umgeht. Das darf nicht sein.

Es gibt keine aktuelle Erhebung erhaltenswerter Bäume in Gröbenzell. Hier müssen die Plandaten aktualisiert werden. Anordnungen zur Ersatzpflanzungen müssen kontrolliert werden, bei der Vorlage von Bauanträgen muss auf die Vorlage einer korrekten Baumkartierung geachtet werden.

Wie weit Veränderungen an der Baumschutzverordnung notwendig sind, wird bei der Entwicklung des städtebaulichen Rahmenplans ein wichtiges Thema werden.

**Schäfer zu 3.1:** unbedingt beibehalten. Auflagen zur Nachpflanzung kontrollieren.

**Weinberger zu 3.1:** Die Lockerung der Baumschutzordnung, bei der Nadelbäume aus der Baumschutzverordnung herausgenommen wurden, hat eine Reihe von Grundstücksbesitzern dazu veranlasst, ihre Fichten und Kiefern zu fällen, mit der Folge, dass vertraute Silhouetten über Nacht und scheinbar ohne Not verschwunden sind. Das bedauere ich sehr! Das Thema sollte daher endlich wieder auf die Tagesordnung gebracht werden. Allerdings muss man vorsichtig agieren, da die Gefahr besteht, dass weitere Grundstückseigentümer zur Motorsäge greifen, wenn sie hören, dass die Baumschutzverordnung wieder auf den alten Stand zurück gebracht werden soll.

Ich setze daher vorerst auf zusätzliche Aufklärung und Appelle. Darüber hinaus müssen die in Bau- und sonstigen Genehmigungen festgesetzten Ersatzpflanzungen von der Verwaltung stärker kontrolliert und Verstöße stärker geahndet werden.

3.2 Wie werden Sie das Thema Bachrenaturierung am Beispiel Großer Ascherbach angehen?

**Breitenfellner zu 3.2:** keine Antwort

**Holmer zu 3.2:** Hier muss geprüft werden, wo Grundstücke an Bachläufen dafür verfügbar sind. Diese Bereiche müssen konsequent zu ihrem natürlichen Verlauf zurückgeführt werden. Hierdurch natürlich entstehende Hochwasserschutz wird den Gröbenzeller Bürgerinnen und Bürgern bei starken Regenfällen zu gute kommen. Sowohl am Großen Ascherbach, wie auch an allen anderen Bächen sollten beidseitig Gehölzstreifen angelegt werden, um auch hier eine naturnahe Beschattung zu erreichen, die den Bewuchs der Bachsohlen verhindert.

**Ritter zu 3.2:** Die „Entschlammung“ des Ascherbachs mit schwerem Gerät im Juli 2013 durch die Gemeinde zeigt, dass in diesen Fragen erheblicher fachlicher Nachholbedarf vorhanden zu sein scheint. Daher halten wir es für dringend nötig bei den Fragen zur Weiterentwicklung der Gröbenzeller Gewässer Fachpersonal hinzuzuziehen und die Mitarbeiter der Gemeinde entsprechend weiterzubilden. Bei allen Fragen zur Renaturierung von Gewässern will ich ein sinnvolles Gleichgewicht von Schutzräumen und Nutzräumen, also Abschnitten in denen die Menschen die Natur genießen können.

**Schäfer zu 3.2:** schwieriges Thema wegen Eigentumsverhältnissen. Wo es machbar ist, den Eigentümern der angrenzenden Felder einen Streifen abkauft, um dem Bach mehr Platz zu geben.

Bei den gemeindlichen Grundstücken beginnen.

**Weinberger zu 3.2:** Die Bachräumung wurde aus meiner Sicht vollkommen unfachmännisch durchgeführt. Eine Bachrenaturierung des Großen Ascherbachs könnte in Teilbereichen so aussehen wie am Gröbenbach auf der Flur der Gemeinde Puchheim (etwa auf halber Strecke zwischen der Bahnlinie nach FFB und Puchheim Ort), d.h. mit Mäandern und Flachwasserbereichen dort, wo Platz dafür ist.

3.3 Welche Pflegemaßnahmen halten Sie an den Gröbenzeller Bächen für sinnvoll?

**Breitenfellner zu 3.3:** Zum Thema Pflege der Bäche und Gräben gibt es Gemeinderatsbeschlüsse; ich werde dafür sorgen, dass sie umgesetzt werden. Ähnliches gilt für die Pflege der Grünflächen. Bei den Bächen muss ein vernünftiges Verhältnis gefunden werden zwischen naturnaher Pflege einerseits und berechtigten Interessen der Anwohner andererseits, insbesondere bezüglich des Schutzes vor Hochwasser.

**Holmer zu 3.3:** Ein radikales Ausbaggern, wie im letzten Jahr am Großen Ascherbach mit schwerem technischen Gerät geschehen, darf es in Zukunft nicht mehr geben. Hier müssen konsequent jährlich kleine Pflegemaßnahmen durchgeführt werden, um Natur am und im Bach zu schützen. Hierzu gehört die manuelle Reinigung von Müll. Niemals darf aber der gesamte Bodensatz des Baches mit den verschiedenen Kleinstlebewesen und Mikroorganismen komplett entfernt werden, wie aktuell geschehen.

**Ritter zu 3.3:** Ich halte es nicht für erfolgversprechend ohne fachliche Ausbildung hierzu Stellung zu nehmen. Der Vorgang am großen Ascherbach zeigt, dass hier eine Professionalisierung der Arbeit nötig ist. Man wird diese Maßnahmen auch nicht pauschalisieren können, da am innerorts fließenden Gröbenbach völlig andere Bedingungen herrschen als am Großen Ascherbach, der zumindest zu einer Seite hin nur wenig Bodenversiegelung aufweist. Ich will dass solche Konzepte in Gröbenzell von Fachleuten erstellt werden, die über die entsprechende Kenntnis und Ausbildung verfügen. Ob hier Fremdfirmen beauftragt oder eigene Kapazitäten in der Gemeindeverwaltung geschaffen werden, muss der Gemeinderat entscheiden.

**Schäfer zu 3.3:** Bäche von Unrat und zuviel Wucherpflanzen befreien. Mehr Bepflanzung (Bäume und Büsche) des Uferareals, auch um der Böschung einen festeren Halt zu geben. Fachfirmen einbinden.

**Weinberger zu 3.3:** Wichtig sind mir das jährliche Entfernen von Unrat im Rahmen eines Ramadamas und maßvolle Entkrautungen (am besten händisch, alle 4-6 Jahre). Außerdem soll den Empfehlungen des bestehenden gemeindlichen Gewässerpflegeplanes gefolgt werden, also vor allem dies auch nur in Abschnitten zu tun. Wichtig ist mir auch die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Arbeitsgruppen wie dem Bund Naturschutz, da diese hierzu sicherlich weiteren Input geben können.

3.4 Werden Sie sich für zusätzliche Bildungsmaßnahmen für den Umweltbeauftragten und die Bauhofmitarbeiter im Bereich Natur- und Umweltschutz einsetzen?

**Breitenfellner zu 3.4:** Weiterbildung im Bereich Natur- und Umweltschutz ist nicht nur für Gemeindemitarbeiter, sondern vor allem auch für mit der Grünpflege beauftragte Fremdfirmen nötig. Hier besteht in der Tat zusätzlicher Bedarf.

**Holmer zu 3.4:** Ja. Hierdurch hätte sich vielleicht manch unkluge und unnötige Aktion der letzten Jahre vermeiden lassen.

**Ritter zu 3.4:** Ich beabsichtige zusammen mit dem Personalrat in der Gemeindeverwaltung ein Weiterbildungsprogramm zu entwickeln. Die fachlichen Anforderungen in der Verwaltung und den bei kommunalen Dienstleistungen ändern sich ständig. Dem muss die Gemeinde als Arbeitgeberin Rechnung tragen. Das betrifft alle Bereiche, nicht nur den Bauhof. Dies kommt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch persönlich zugute, da sich die eigene Qualifikation erhöht, die Verantwortung gestärkt wird und sich Aufstiegsmöglichkeiten ergeben. Es kann auch ein Instrument sein, um den Anteil von Frauen in den Leitungsebenen der Gemeinde zu erhöhen.

**Schäfer zu 3.4:** ja (nicht nur für Bauhofmitarbeiter und den Umweltbeauftragten). Weiterbildungsmaßnahmen sind für alle Mitarbeiter wichtig und nötig.

**Weinberger zu 3.4:** Ja, das halte ich für unbedingt erforderlich, damit die Mitarbeiter die nötigen Kenntnisse und das nötige Feingefühl haben, um zum Wohle der Umwelt nachhaltig zu handeln.

3.5 Welche Schwerpunkte werden Sie bei der Weiterentwicklung des Gröbenzeller Grünflächenplanes setzen?

**Breitenfellner zu 3.5:** keine Antwort

**Holmer zu 3.5:** Die gemeindlichen Pflegemaßnahmen (Mähen) von Grünflächen sollten in Zukunft seltener durchgeführt werden. Somit würden auf den gemeindlichen Grünflächen verstärkt sogenannte Blühwiesen entstehen. Siehe auch folgender Punkt.

**Ritter zu 3.5:** Wichtig sind vor allem der Erhalt und die Sicherung der prägenden Grünzüge und Baumgruppen. Dazu brauchen wir allerdings zuerst einmal eine Bestandsaufnahme und einen Vergleich mit der Situation die in der Rahmenplanung von 1980 erfasst wurde.

Einen weiteren Schwerpunkt sehe ich in der Einbindung des Entwicklungsgebietes in der Bahnhofstraße in die Grünstruktur sowie der Entwicklung von Maßgaben für die Flächennutzungs- und Bebauungspläne der Gemeinde.

**Schäfer zu 3.5:** vor allem bei gemeindliche Flächen mehr Bäume.

**Weinberger zu 3.5:** Dieses Thema muss im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Rahmenplanes und des Flächennutzungsplanes unbedingt aufgegriffen werden. Ein Landschaftsplan gehört als integrierter Bestandteil zum Flächennutzungsplan. Eine wichtige Leitlinie und gleichzeitig landesplanerischen Vorgabe ist für mich dabei der Erhalt des regionalen Grünzugs zwischen Lochhausen und Gröbenzell. Hinzu kommt die Entwicklung von innerörtlichen Grünzügen entlang der Bachläufe des Gröbenbachs sowie des großen und kleinen Ascherbachs, verbunden mit evtl. Renaturierungsmaßnahmen. Außerdem liegen mir der Erhalt und die Pflege bereits vorhandener Grünflächen und Parks (z. B. am Tannenleck, am Freizeithaus, an der Puchheimer Straße, beim Friedhof, beim Großen Ascherbach) besonders am Herzen. Von übermäßiger Versiegelung der Bachufer ist, auch aus Gründen des Hochwasserschutzes, Abstand zu nehmen.

### 3.6 Mehr Nahrung für Bienen in Gröbenzell: Wie wollen Sie dazu beitragen?

**Breitenfellner zu 3.6:** keine Antwort

**Holmer zu 3.6:** Gemeindliche Grünflächen sollen in Zukunft wieder eine naturnahe Vegetation beheimaten. Fußballplatzähnlich geschnittenen Rasen lehne ich ab. Zum Einen aus ökologischer Sicht, zum Anderen auch empfinde ich eine bunte Wiese deutlich ansprechender als ein Stück Rasen. In diesen Blühwiesen, die bisher leider immer aufgrund angeblich zu hoher Kosten an der Mehrheit des Gemeinderates gescheitert sind, könnten sich diverse Blumen- und Tierarten entfalten. Unter anderem würde sich hier sowohl Nahrung, wie auch Lebensraum für Bienen finden. Auch sehe ich es als Aufgabe der Gemeinde an, private Grundstücksbesitzer durch Information von der Schönheit und dem Nutzen solcher naturnaher Blühwiesen zu überzeugen.

**Ritter zu 3.6:** Artenreiche öffentlich Anlagen und private Gärten sind ein wichtiger Beitrag zur Biodiversität. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass sich der Gartenstadtcharakter der Gemeinde nicht nur an Bäumen festmachen darf. Die Gemeinde kann an den öffentlichen Grünflächen hier mit gutem Beispiel bei der Bepflanzung vorangehen. Aufeinander abgestimmte, reichhaltige Pflanzensorten mit wechselnden Blühphasen tragen nicht nur zur Verbesserung des Ortsbildes bei, sondern bieten auch reichhaltige Nahrung für Insekten aller Art, auch Wild- und Honigbienen. Bei ausreichendem Nahrungsangebot halte ich die Bereitstellung von Standplätzen für Bienenvölker für wünschenswert. Die mehrfach ausgezeichnete Initiative „Deutschland summt“ versammelt hierzu beispielhafte Projekte.

**Schäfer zu 3.6:** an Wegstreifen oder auch Verkehrsinseln Wiesenblumen wachsen lassen statt Gras. Außerdem wird der Antrag von der verstorbenen Gemeinderätin Sabine Gramer-Muck vom 23.9.2011 weiterverfolgt, wir (ich) warte(n) noch auf das Ergebnis der Verwaltung.

**Weinberger zu 3.6:** Durch Anreize an private Grundstückseigentümer und Landwirte zur Einrichtung von sog. Blühwiesen, durch entsprechende Aufklärung und durch Prüfung, ob die Gemeinde auf ihren Grünflächen mehr tun kann, muss dringend dazu beigetragen werden. Auch sollten die gemeindlichen Blühwiesen nicht, wie in der Vergangenheit passiert, zu früh abgemäht werden.



4. Umwelt

4.1 Welche Alternativen sehen Sie zum großzügigen Gebrauch von Streusalz?

**Breitenfellner zu 4.1:** Mit Streusalz wird bisher schon seitens der Gemeinde sehr sparsam umgegangen, ebenso mit dem Gebrauch von Torf.

**Holmer zu 4.1:** Streusalz sollte wirklich nur in absoluten Ausnahmefällen genutzt werden. Alternativ dazu müsste vermehrt Split eingesetzt werden. Dieser müsste angesichts deutlich größerer Splitmengen als bisher natürlich nach abgetautem Schnee auch möglichst schnell wieder beseitigt werden. Des Weiteren muss für die Wintermonate auch über eine Aufstockung des Bauhofpersonals nachgedacht werden, damit tatsächlich mehr Gehwege, Fahrradwege und Straßen von Eis und Schnee durch Räumfahrzeuge befreit werden können. Da der gemeindliche Bauhof in harten Wintern hier an seiner Belastungsgrenze arbeitet, muss an dieser Stellschraube gedreht werden.

**Ritter zu 4.1:** Der Gebrauch von Streusalz im Rahmen der privaten Wegesicherungspflicht ist in Gröbenzell nicht gestattet. Das ist gut so. Auch die Gemeinde muss hier mit gutem Beispiel voran gehen. Der Einsatz von Split und anderen mechanischen Streumitteln sowie öfteres Schneeräumen kann sicher in vielen Fällen Abhilfe schaffen, wird aber den Einsatz von Salz nicht vollständig verhindern können. Das hängt zum Teil an den Personalkapazitäten bei heftigem Schneefall, zum Teil am Zustand mancher Straßen, die durch Räumen und Split streuen alleine für Fußgänger nicht verkehrssicher zu bekommen sind. Auch der Straßenunterhalt hat in den letzten Jahren gelitten.

**Schäfer zu 4.1:** Schnee räumen und Split streuen

**Weinberger zu 4.1:** Momentan ist mit dazu zur Verkehrssicherung keine wirkliche Alternative bekannt. Ich würde mich aber sehr gerne von Ihnen zu diesem Thema aufklären lassen!

4.2 Was halten Sie von der Initiative für torffreies Gärtnern? Der gemeindliche Bauhof könnte hier eine Vorreiterrolle spielen.

**Breitenfellner zu 4.2:** Mit Streusalz wird bisher schon seitens der Gemeinde sehr sparsam umgegangen, ebenso mit dem Gebrauch von Torf.

**Holmer zu 4.2:** Dies ist aus meiner Sicht eine sehr sinnvolle Initiative um Moore zu schützen. Der Bauhof muss hier eine Vorreiterrolle spielen, damit die Gemeinde auch ihre Bürgerinnen und Bürger von der Sinnhaftigkeit dieser Initiative überzeugen kann.

**Ritter zu 4.2:** Vom ökologischen Standpunkt eine sehr gute Initiative. Zu den Möglichkeiten des Bauhofs kann ich hier keine Aussage machen. Eine Prüfung halte ich auf alle Fälle für sinnvoll.

**Schäfer zu 4.2:** Initiative gut. Besprechungen mit gemeindlichem Bauhof

**Weinberger zu 4.2:** Dem stimme ich zu. Der Bauhof sollte dieser Vorreiterrolle nachkommen.

4.3 Werden Sie sich an Aktionen zur Müllvermeidung beteiligen, um z.B. die Reduzierung von Plastiktüten im Handel zu erreichen?

**Breitenfellner zu 4.3:** Das Problem sehe ich, ebenso wie bei der Müllvermeidung, vor allem bei den Privathaushalten. Die Gemeinde hat hier sehr wenig Möglichkeiten der Einwirkung; hier liegen reichhaltige Betätigungsfelder für Agenda 21, Bund Naturschutz, Gartenbauverein, Volkshochschule, Schulen usw.

**Holmer zu 4.3:** Müllvermeidung spielt im Bereich des Umweltschutzes eine wichtige Rolle. Nach den Erfahrungen aus Fürstfeldbruck stehen viele Gewerbetreibende einer Reduzierung von Plastiktüten auch durchaus positiv gegenüber. Hier gilt es gemeinsam (Gemeinde + Gewerbetreibende) Aktionen zu planen, die bei den Bürgerinnen und Bürgern ein Umdenken hervorruft. Wenn dies nicht möglich ist, müsste man möglicherweise mit den Gewerbebetrieben überlegen, ob es nicht vielleicht in ganz Gröbenzell möglich wäre, den Preis für Plastiktüten deutlich zu erhöhen, so dass dann deutlich häufiger als heute auf wieder verwertbare Stofftüten zurückgegriffen würde. Ähnliche Aktionen könnte ich mir darüber hinaus auch mit Läden vorstellen, die das Essen aus der warmen Theke häufig in Alufolie verpacken. Hier ist es aus meiner Sicht noch dringlicher, auf umweltfreundlicher Verpackungsmethoden umzusteigen!

**Ritter zu 4.3:** Solche Aktionen sind sinnvoll und unterstützenswert. Wichtig ist vor allem dass hier Initiativen vom Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises sowie den örtlichen Handels- und Gewerbeunternehmen ausgehen.

**Schäfer zu 4.3:** ja, das wie sollte aber mit Gewerbe und BdS besprochen werden

**Weinberger zu 4.3:** Ja, im Sinne umweltfreundlichen Verhaltens beteilige ich mich sehr gerne daran. Hier muss die Bevölkerung auch dringend weiter sensibilisiert werden, da großer Nachholbedarf besteht!

4.4 Wie steht Ihre Gruppierung zum Ausbau des Böhmerweiher als Badensee? Wie stellen Sie sich ein Verkehrskonzept für einen künftigen Badensee Böhmerweiher vor?

**Breitenfellner zu 4.4:** Ich befürworte den umweltfreundlichen Ausbau des Areals um die Böhmerweiher zu einem kleinflächigen Bade- und Erholungsgebiet für die umwohnende Bevölkerung sowie die Erhaltung des kleineren Weiher als Biotop.

Näheres, auch zum Thema Verkehr, enthält mein Wahlprogramm (im Internet), wie überhaupt die Antworten auch zu anderen von Ihnen angesprochenen Themen im Einzelnen im Wahlprogramm nachzulesen sind.

**Holmer zu 4.4:** Wir GRÜNE würden den Böhmerweiher gerne, von kleinen Veränderungen abgesehen, so behalten, wie er aktuell ist. Im Moment dürfen sowohl Hunde, als auch z.B. Pferde bis direkt an den See. Dies wäre nach einem wie auch immer gearteten Ausbau nicht mehr möglich. Aus unserer Sicht wären insbesondere das Aufstellen von Müllbehältnissen und Hundekotauauffangstationen, sowie minimale kosmetische Änderungen notwendig, um den Böhmerweiher in seiner jetzigen Form zu erhalten. Dafür werde ich mich einsetzen! Glücklicherweise hat die Gemeinde Gröbenzell hier ein Faustpfand – die geplante Zufahrt verläuft über Gröbenzeller Flur – welches aber auch genutzt werden muss!

Sollte ein Ausbau angesichts anderer Gemeinderatsmehrheiten unausweichlich sein, so muss dieser Ausbau anders erfolgen, als bisher geplant. Es muss klar sein, dass der Weiher keinen einzigen Parkplatz für Badegäste aufweist. Zudem wäre ein Kiosk aus meiner Sicht unnötig und würde das Gesicht des Sees massiv zum schlechteren hin verändern.

Die anliegenden Wohnstraßen müssten in jedem Fall vor dem Ansturm der Autos der Badegäste geschützt werden. Denkbar wäre zum Beispiel ein Zufahrtsverbot, wie z.B. in Olching für das Wohngebiet zwischen Hauptstraße und der Verbindungsstraße nach Eichenau und Emmering. Dies wäre insbesondere in den ersten Jahren konsequent von Polizei und kommunaler Verkehrsüberwachung zu kontrollieren.

**Ritter zu 4.4:** Mittlerweile geht es nicht mehr um die Frage, ob der Böhmerweiher umgewandelt wird oder nicht. Die Umwandlung in ein Gelände, in dem ein Biotop und eine Naherholungsfläche kombiniert werden ist beschlossene Sache. Der Bebauungsplan, der Grundlage der Umwandlung ist, wurde von der Stadt München beschlossen. Die Gemeinde Gröbenzell und die Stadt Puchheim haben in den verantwortlichen Gremien beschlossen, sich am Betrieb des Geländes zu beteiligen.

Die Frage ist also nicht mehr, ob der Böhmerweiher umgewandelt wird, sondern wie das vor sich geht. Selbst ein Ausstieg der Gemeinde Gröbenzell aus dem Projekt - was juristisch wahrscheinlich schwer möglich sein wird - würde daran nichts ändern.

Ich weiß, dass es bei den Anwohnern im Umfeld des Böhmerweiher eine Reihe Vorbehalte gibt da ein massives Ansteigen des Verkehrs im Wohngebiet befürchtet wird. Gerade deshalb halte ich es für wichtig, dass die Gemeinde sich weiter an dem Projekt beteiligt, damit wir auf die Detailplanungen Einfluss nehmen können. Der Böhmerweiher soll ein Naherholungsgebiet werden, bei dem es extrem unattraktiv ist, es mit dem Auto aufzusuchen. Es gibt bereits heute eine Reihe dahin gehender Vorschläge, die in das Konzept einfließen können. Diese Vorschläge muss man prüfen und bei Eignung in die Planungen einbringen.

Zurzeit erarbeitet der Erholungsflächenverein München einen Entwurf für ein Verkehrskonzept. Ich halte es für dringend notwendig, dieses Verkehrskonzept den Anwohnern im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsverfahrens vorzustellen und deren Vorschläge in die Debatte über das Gelände einfließen zu lassen. Die Gemeinde muss klare Ziele für die Verkehrsführung und den Schutz der Anwohner formulieren und in die Verhandlungen mit den Städten München und Puchheim einbringen. Nur so wird es gelingen eine Lösung zuschaffen, die auch im Sinne der Anwohner ist.

**Schäfer zu 4.4:** sanfte Erschließung, ohne PKW nur mit Fahrrad

**Weinberger zu 4.4:** Der Ausbau des Naherholungsgebietes „Böhmerweiher“ wird ab 2014 federführend durch den Erholungsflächenverein und aus dessen Mittel erfolgen. Die FREIEN WÄHLER haben dieses Projekt mit gefördert. Hier ist von Seiten der Gemeinde Gröbenzell in enger Zusammenarbeit mit den anderen Partnern (Landeshauptstadt München, Puchheim und Erholungsflächenverein e. V.) weiter darauf hinzuwirken, dass der Ausbau naturnah und ohne viel Autoverkehr erfolgt. Im Detail bedeutet dies:

Es sind an sich zwei Weiher. Der kleinere Weiher bleibt naturbelassen und soll auch weiterhin nur wenig und zurückhaltend genutzt werden, also für Besucher hauptsächlich zur Naturbeobachtung und eventuell, wie bisher in Teilbereichen, auch zum Angeln genutzt werden. Es soll nach allen bisher bekannten Planungen also nur der größere Weiher zum Badebetrieb freigegeben werden. Außerdem sollen zwischen den Gewässern, zu den Gewässern und um die Gewässer herum Fußgänger- und Radwege geschaffen werden, wobei eine befestigte Kies- und Sandschicht wie auch anderwärts völlig genügt.

Es geht nicht nur um den Ausbau des einen Weihers als Badesee, sondern auch darum, die schon vorhandenen, vielfältigen, teils sehr unerfreulichen Nutzungen in eine sinnvolle Ordnung zu bringen. Mit Hilfe einer schlichten, dann möglichen Benutzungssatzung hätte man folglich eine Handhabe gegen die beobachteten Exzesse und eine achtlose Verschmutzung des Geländes. Gefragt ist eine sensible Landschaftsplanung, die bereits vorhandene Silhouetten weitgehend erhält. Zwischendrin sollen Liegewiesen mit eingestreut werden, bei deren Schaffung auf den vorhandenen Baum- und Strauchbestand Rücksicht zu nehmen ist (kein Kahlschlag und dann teurer Wiederaufbau nach dem Reißbrett).

Die Bürger sollen sich an der Planung beteiligen. Das Projekt ist eine einmalige Chance für eine gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen, die nun mit Gröbenzell in einem Boot sitzen.

Der Schwerpunkt ist auf die Erreichbarkeit zu Fuß und mit dem Rad und nicht mit dem Pkw zu legen. Es soll daher nur eine begrenzte Anzahl an Parkplätzen geben (maximal 40). Die Radwege im Umfeld sind zu verbessern. Teilweise sind auch Lücken zu schließen, z.B. von der Beislerstraße her entlang dem ehemaligen Züblingelände, sowie auch von der Ortsmitte her entlang dem Gröbenbach zu den Weihern. Ob die Bewohner im Gröbenzeller Süden wirklich von einem Park- und Suchverkehr betroffen sein werden, wird man sehr bald sehen. Momentan sehen wir diese Gefahr nicht. Notfalls müsste man aber mit Parkverboten für Gebietsfremde und entsprechenden Kontrollen reagieren.

4.5 Mit welchen Mitteln pro Jahr wollen Sie Umweltbildungsangebote in Gröbenzell finanziell unterstützen?

**Breitenfellner zu 4.5:** keine Antwort

**Holmer zu 4.5:** Die finanzielle Unterstützung von Umweltbildungsangeboten sollte keinesfalls gekürzt werden. Hier ist eher über eine Aufstockung des Budgets nachzudenken, insbesondere für Bildungsmaßnahmen an den Gröbenzeller Grundschulen. Aus meiner Sicht sollte die Gemeinde auch darüber nachdenken, ob nicht ein ökologisches Bildungszentrum auf Gröbenzeller Grund entstehen könnte, analog zu der Münchner Einrichtung in der Engelschalkinger Straße. Aus meiner Sicht wäre das Gelände der Gröbenbach Schule dazu geradezu prädestiniert, vorausgesetzt der Naturlehrpfad ließe sich wiederbeleben. Um so ein Gelände ausreichend nutzen zu können, müsste dies aus meiner Sicht auch insbesondere Angebote an Schülergruppen des gesamten Landkreises machen. Hier wäre eine Kooperation mit Landkreis und Kreisjugendring denkbar, aber natürlich auch mit der

**Ritter zu 4.5:** Da die Gemeinde selbst bisher keine Umweltbildungsangebote anbietet können diese nur von Verbänden oder der VHS Gröbenzell kommen. Die VHS verfügt über einen eigenen Haushalt und muss seinen Zuschussbedarf bei der Gemeinde anmelden. Wenn Verbände beabsichtigen solche Angebote zu entwickeln kann ich sie nur ermuntern an die Gemeinde heran zu treten. Im Übrigen gibt es gerade für Verbände vielfältige Möglichkeiten auf Zuschüsse der staatlich geförderten gesellschaftspolitischen Bildung zuzugreifen. Die Gemeinde kann hier auch Lotsenfunktion übernehmen. Ich bin auch der Meinung, dass sich aus der Debatte um den städtebaulichen Rahmenplan nochmals bestimmte Schwerpunkte für solche Bildungsangebote ergeben können.

**Schäfer zu 4.5:** zunächst Angebote prüfen, Plan ausarbeiten mit Prioritäten und dann im Gemeinderat Haushaltsmittel beantragen

**Weinberger zu 4.5:** Für die Umweltbildungsangebote will ich so viele Mittel zur Verfügung stellen, wie zur Sicherstellung eines nachhaltigen Bewusstseins notwendig sind. Dazu würde ich mich auch gerne mit Ihnen abstimmen.

4.6 Wie wollen Sie Heimat und Kulturlandschaft bewahren und den Flächenverbrauch stoppen?

**Breitenfellner zu 4.6:** Das Thema Flächenverbrauch ist in dem Sinn, wie es das „Bündnis für Flächensparen“ versteht (= Umwandlung von naturnahen Flächen in Wohn-, Gewerbe- und Verkehrsflächen), in Gröbenzell seit Jahren kein Thema, da im Gegensatz zu Olching, Puchheim, Maisach u. a. bei uns keine derartige Umwidmung stattfand. Und dabei soll es auch bleiben. Anders verhält es sich mit kleinräumiger Flächenversiegelung auf Privatgrundstücken, wo bestehendes Baurecht häufig bis zum letzten m<sup>2</sup> ausgenutzt wird – was nicht verhindert werden kann, da eine Zurücknahme von Baurecht nur mit hohen Entschädigungszahlungen möglich wäre – wo aber auch durch gepflasterte, betonierte und asphaltierte Gartenwege, Garagenzufahrten, Autostellplätze, den Bau überdimensionierter Gartenhäuser, Terrassen usw. viel Fläche versiegelt wird. Die Gemeinde sollte hier nach Möglichkeit entgegenwirken, was aber wegen der Genehmigungsfreiheit der meisten genannten Beispiele schwer möglich ist. Gewisse Möglichkeiten bestehen bei der Genehmigungspraxis von Neubauten (z.B. Situierung der Garagen) und bei Anreizen zum Bauen in die Höhe statt in die Breite. Hier unterstütze ich den aktuellen Gemeinderatsbeschluss, dass der neue Gemeinderat zeitnah ein entsprechendes Bonussystem erarbeitet.

**Holmer zu 4.6:** Wichtigster Baustein zur Minimierung des Flächenverbrauchs ist in einer Gemeinde wie Gröbenzell, dass man, wie oben bereits erwähnt, in die Höhe, statt in die Breite baut. Somit ließen sich Grünflächen erhalten, die sonst den Baumaßnahmen zum Opfer fallen würden. Die Ausweisung neuer, großflächiger Baugebiete verbietet sich angesichts der äußerst beschränkten Grundfläche Gröbenzells. Insbesondere an den wenigen Stellen, wo noch eine landwirtschaftlich Nutzung stattfindet. Des Weiteren sollten insbesondere im Gewerbegebiet Anreize gesetzt werden, Parkplätze nicht mehr einfach zu betonieren. Stattdessen sollte die Nutzung von Betonsteinen bevorzugt werden, welche immerhin das Wasser abfließen lassen und zumindest etwas Rasen durchwachsen lassen.

Gröbenzeller Volkshochschule.

**Ritter zu 4.6:** Zum Flächenverbrauch bitte ich die Ausführungen zur Ortsplanung und unseren Vorstellungen zur Gestaltung der Bebauungspläne zu lesen. Dort ist unsere Position ausführlich erläutert.

**Schäfer zu 4.6:** durch Bebauungspläne Vorgaben machen

**Weinberger zu 4.6:** Durch Aufklärung und Appelle zur Bewusstseinsbildung, gezielten Einsatz der Planungshoheit bezogen auf das eigene Gemeindegebiet sowie (provokativ gesagt) durch bewusste Einmischung in die Angelegenheiten von Nachbarkommunen, wenn diese Belange betroffen sind.

4.7 Der Freistaat Bayern ist mit seinen Gebietskörperschaften Mitglied im Bündnis zum Flächensparen. Wie wird Ihre Gruppierung den darin gestellten Forderungen gerecht?

**Breitenfellner zu 4.7:** keine Antwort

**Holmer zu 4.7:** Flächensparen ist für uns ganz klar ein Ziel, was sich auch in unserem Wahlprogramm für Gröbenzell zeigt. Der GFZ-Bonus für flächensparendes Bauen ist bereits mehrfach erwähnt.

**Ritter zu 4.7:** Auch hierzu bitte ich die Ausführungen zur Ortsplanung und unseren Vorstellungen zur Gestaltung der Bebauungspläne zu lesen. Dort ist unsere Position ausführlich erläutert.

**Schäfer zu 4.7:** Trotz dieses bestehenden Flächennutzungsplans ist der Flächenverbrauch stetig gestiegen. Deshalb ist es eher sinnvoll, eigene Wege zu gehen.

**Weinberger zu 4.7:** Wir unterstützen das Flächensparen wo immer es geht. Ob und wie zufriedenstellend wir das tun, soll einige Zeit nach der Kommunalwahl von unabhängigen Gruppierungen, wie z.B. dem Bund Naturschutz, beurteilt werden. Wir stellen uns dieser Herausforderung gerne.

4.8 Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit Ihrer Gruppierung mit der Ortsgruppe des Bund Naturschutz vor?

**Breitenfellner zu 4.8:** keine Antwort

**Ritter zu 4.8:** Politik lebt vom Dialog. Dazu gehören regelmäßige Kontakte und der Austausch mit Fachverbänden wie dem Bund Naturschutz. Ich stehe als Bürgermeisterkandidat für eine dialogorientierte Politik und will dies auch für die SPD selbst sicherstellen.

**Schäfer zu 4.8:** regelmäßige Besprechungen. Ähnlich wie bei der Agenda 21 Treffen organisieren.

**Weinberger zu 4.8.:** unaufgeregt, zielgerichtet, in beständigem Austausch, möglichst gemeinsam und sachorientiert

**Holmer zu 4.8:** Die Zusammenarbeit verlief bisher sehr gut und erfolgreich. Dies möchte ich auch in Zukunft so beibehalten! Sowohl für die Partei die GRÜNEN, wie auch für mich persönlich.

5. Verkehr

5.1 Welche Vorstellungen haben Sie zu einem Verkehrskonzept für Gröbenzell?

**Breitenfellner zu 5.1:** Zum Punkt Verkehr findet sich in meinem Wahlprogramm ein umfangreiches Kapitel, auf das verwiesen werden kann und das die meisten Fragen beantwortet. Kurz zusammengefasst: Das bestehende Verkehrskonzept hat sich, bezogen auf den Straßenverkehr, mit seiner Gliederung in Hauptdurchgangsstraßen, Wohnsammelstraßen und Anliegerstraßen im Großen und Ganzen bewährt und benötigt nur kleinere Anpassungen.

**Holmer zu 5.1:** Aus meiner Sicht muss ein Verkehrskonzept sämtliche Arten des Verkehrs mit einbeziehen, also Fußgänger-, Fahrrad-, Auto- und öffentlicher Nahverkehr. Letztlich gilt es den Fahrzeugverkehr aus den dicht besiedelten Gebieten nach Möglichkeit herauszuhalten und insbesondere den Durchgangsverkehr zu minimieren. An viel befahrenen Straßen müssen Lösungen erarbeitet werden, wie ein relativ hohes Verkehrsaufkommen von Kraftfahrzeugen mit den Bedürfnissen der zu Fuß gehenden und der mit dem Rad fahrenden Bevölkerung zu vereinbaren sind. Die Sicherheit von Schulkindern auf ihrem Schulweg muss oberste Priorität haben. Das Konzept muss dringend Verbesserungen der Verkehrswege für FahrradfahrerInnen beinhalten. Außerdem muss ein Verkehrskonzept das bisherige Busnetz auf Optimierung prüfen und die Einrichtung zusätzlicher Buslinien auf deren Machbarkeit hin untersuchen.

**Ritter zu 5.1:** Zentrale Anliegen einer Verkehrsplanung durch die SPD sind:

1. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer hat oberste Priorität.
2. Den Bedürfnissen von Fußgängern und Radfahrern ist besonders Rechnung zu tragen.
3. Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel und des Fahrrads muss attraktiver werden.
4. Die Verringerung von Verkehrslärm und -emissionen soll durch geeignete Verkehrsführung und – wo notwendig – Geschwindigkeitsreduzierung erreicht werden.

Im Gegensatz zum derzeitigen Vorgehen in Gröbenzell bedeutet Verkehrsplanung für die SPD nicht Laborieren an Einzelprojekten, konzeptionslose Herumwerkelei oder die Übernahme – oft divergierender – Wünsche auf „Zuruf“. Die Verkehrsplanung hat auch nicht die Aufgabe, allein den Erfordernissen eines ungestörten Autoverkehrs zu dienen.

**Schäfer zu 5.1:** in erster Linie fahrrad- und fußgängerfreundlich

**Weinberger zu 5.1.:** Das umfassende Verkehrskonzept der FREIEN WÄHLER Gröbenzell umfasst folgende Punkte:

- Ablehnung weiterer großflächiger Wohngebietsausweisungen in Lochhausen ohne vorheriges Verkehrsgutachten und Nachweis der Verträglichkeit
- weiterhin Ablehnung des Weiterbaus der FFB 11 neu (gegenüber Puchheim) und des 2. Abschnitts der Südumfahrung von Olching
- Der Landkreis ist auf dem Gebiet der Verkehrsplanung in den letzten 30 Jahren nahezu untätig gewesen. Wir fordern daher, dieses Thema auf Landkreisebene wieder auf die Agenda zu nehmen
- Verbesserung des ÖPNV – Baldige Entscheidung über den Bau einer 2. S-Bahn-Stammstrecke
- Nachtbuslinie zur Innenstadt



- Bürgerbus zur Verbindung des Gröbenzeller Nordens mit dem Gröbenzeller Süden
- Diskussion einer Ringbuslinie
- Maßnahmen gegenüber dem drohenden Verkehrsinfarkt auf der Ortsdurchfahrt, Entwicklung eines Verkehrsplanes und Abstimmung der innerörtlichen Planung auf dessen Ergebnisse
- Ersetzen der verfehlten Ampel am Ortsausgang Richtung Lochhausen durch einen Kreisel (der schon vor dem Bau der Ampel im Wahlprogramm 2008 von den FREIEN WÄHLERN gefordert wurde)
- Ausbau des Radwegenetzes durch Bau einer direkten Verbindung zu den Naherholungsgebieten der Aubinger Lohe und des Böhmerweihers, Bau eines Radweges entlang der Lena-Christ-Straße und Lückenschließung des Radwegenetzes von Puchheim-Ort nach Gröbenzell-Ortsmitte
- Innerörtliche Verbesserung der Radwegesicherheit
- Erprobung eines Projekts „Shared Space“ (gemischter, unreglementierter Verkehr) in der Bahnhofstraße im Bereich von der Einmündung der Schubertstraße bis zur Bahnunterführung
- Verkehrsdämpfung und Schulwegsicherung in der Eschenrieder Straße

### 5.2 Welche Möglichkeiten zur Verkehrsvermeidung sehen Sie?

**Breitenfellner zu 5.2:** Verkehrsvermeidung ist m. E. vor allem durch ein attraktiveres Ortszentrum mit leistungsfähigen Geschäften und Dienstleistungsbetrieben möglich, so dass Fahrten in das Gewerbegebiet entfallen könnten. Daher gehört zu meinen wichtigsten Zielen die rasche Umsetzung der Planungen in der Bahnhofstraße und eine deutliche Attraktivitätssteigerung der Kirchenstraße. Auch die Förderung arbeitsplatzintensiven Gewerbes auf den Freiflächen im Gewerbegebiet kann helfen, Verkehr zu vermeiden (Pendlerverkehr).

Eine steigerungsfähige Bedeutung für die Vermeidung von Individualverkehr sehe ich in einer Attraktivitätserhöhung des ÖPNV. Hierzu gehören z.B. eine Ortsbuslinie für den Gröbenzeller Norden (die ich zusammen mit dem Umweltreferenten Dr. Paesler beantragt habe und für die inzwischen vom Landratsamt Varianten vorgestellt wurden), eine Stabilisierung und Erweiterung des 10-Minuten-Taktes der S-Bahn, ein Wegfall des abschreckenden Tarifsprungs zwischen Gröbenzell und Lochhausen und eine Attraktivitätssteigerung des Anruf-Sammeltaxen-Systems.

**Holmer zu 5.2:** Durch eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs sehe ich großes Potential für eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Hiervon ist einerseits ein funktionierendes, nutzerfreundliches Busnetz innerhalb Gröbenzells notwendig, andererseits muss das S-Bahnnetz so erweitert werden, dass eine Pünktlichkeit der Züge gewährleistet ist. Mithilfe eines dichteren Taktes der Züge, sowie dem Einsatz von mehr Zuggarnituren, können mehr Menschen zu einem Umstieg auf den ÖPNV gebracht werden, da die S-Bahn dann die bequemere Alternative darstellt. Angesichts aktueller Unzulänglichkeiten bei Pünktlichkeit und Bequemlichkeit greifen zu viele Menschen lieber auf das Auto zurück. Gleiches gilt für einen Ausbau von bestehender Radinfrastruktur, um Sicherheit für Radfahrende aller Altersgruppen zu gewährleisten. Menschen die nicht mehr Fahrrad fahren, weil sie sich durch den motorisierten Verkehr gefährdet sehen, müssen durch eine verbesserte Infrastruktur wieder sichere Radwege finden können!

**Ritter zu 5.2:** Es geht nicht um Verkehrsvermeidung, sondern um die Verlagerung des Verkehrs vom motorisierten Individualverkehr hin zu umweltfreundlichen Alternativen. Wir wollen Mobilität sicherstellen und trotzdem für eine Verringerung des Verkehrsdrucks in der Gemeinde sorgen. Ein Ansatzpunkt ist die bessere Ausstattung mit öffentlichem Nahverkehr. Wir unterstützen die Forderung nach einem Ortsbus, der vom Gröbenzeller Süden kommend, über den Gröbenzeller Norden eine Verbindung bis nach Olching sicherstellt. Dafür haben wir schon einen Linienvorschlag unterbreitet. Auch den deutlichen Tarifsprung bei der S-Bahn wollen wir in Verhandlungen mit dem MVV beseitigen. Die deutlich stärkere Berücksichtigung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs bei der Verkehrsplanung ist ein weiterer Schritt.

**Schäfer zu 5.2:** siehe 5.1, und Ortsbuslinie

**Weinberger zu 5.2:** Sämtliche oben genannte Punkte des Verkehrskonzepts tragen zur Verkehrsvermeidung bei. Darüber hinaus sollte seitens der Gemeinde auch bei den Bürgern ein Bewusstsein geschaffen werden, dass man öfter auf das Auto verzichten könnte.

### 5.3 Fahrräder und E-Bikes stellen eine gute Alternative zum Autoverkehr dar. Hierfür ist ein weiterer Ausbau der Radinfrastruktur erforderlich. Welche Vorschläge haben Sie zur Förderung des Radverkehrs in Gröbenzell?

**Breitenfellner zu 5.3:** Fast das gesamte Straßennetz ist als Tempo-30-Zone oder verkehrsberuhigte Zone („Spielstraße“) ausgewiesen, so dass hier auch für den Radverkehr sehr gute Bedingungen bestehen. Darüber hinaus sind die bestehenden Radwege zu optimieren.

**Holmer zu 5.3:** Ich fordere einen Ausbau der Fahrradwege, sowie eine Aufhebung der rechtswidrigen Radwegebenutzungspflicht an diversen Radwegen. Außerdem sollten die Radwege, insbesondere entlang der Staatsstraße nach Olching und entlang der beiden Ascherbäche nach Puchheim deutlich besser beleuchtet werden. Dies wäre mittels Sensortechnik auch ausgesprochen wenig energieintensiv. Außerdem kann die Ausweisung des Sonnenwegs als Fahrradstraße nur der Anfang gewesen sein. Weitere Straßen sind auf ihre Eignung als Fahrradstraße zu prüfen und gegebenenfalls auszuweisen. Mir schweben hier beispielsweise die Gröbenbachstraße oder die Hans-Sachs-Straße vor. Bestehende Radwege sind an Einmündungen zusätzlich mit allen Mitteln zu sichern, außerdem muss bei Radwegen wie in der Bahnhofstraße die bestehende „Berg-und-Tal-Fahrt“ beseitigt werden. Auch weitere Stolperschwellen des Radverkehrs müssen beseitigt werden. Außerdem sollte die Gemeinde besondere Radrouten, insbesondere zu Einkaufsmärkten im Gewerbegebiet, sowie auch zu den naheliegenden Bademöglichkeiten ausweisen und aktiv bewerben. Radstreifen am Straßenrand müssen durchgehend rot markiert werden und in angemessenen Abständen erneuert werden.

**Ritter zu 5.3:** Ein wirksamer Schritt ist die Entwicklung eines Radverkehrsplanes im Rahmen der Verkehrsplanung in Gröbenzell. Hier müssen Haupt- und Nebenverkehrswege – ähnlich wie bei der KFZ Verkehrsplanung – für Radfahrer definiert werden. Entlang dieser Strecken ist die Verkehrssicherheit für alle am Verkehr Beteiligten herzustellen. Die Querungen an der Olchinger und Augsburgs Straße sowie unter der Bahnlinie sind dabei eine besondere Herausforderung.

**Schäfer zu 5.3:** viele geeignete Abstellmöglichkeiten, „Radroutenkarte“ innerhalb von Gröbenzell, Einbeziehung des AdfC und des AK Verkehr der Agenda 21

**Weinberger zu 5.3:** Das Radwegenetz in und um Gröbenzell sollte weiter ausgebaut werden. So sollte z.B. eine direkte Verbindung zu den Naherholungsgebieten der Aubinger Lohe und Böhmerweihers geschaffen werden. Auch der Bau eines Radweges entlang der Lena-Christ-Straße und die Lückenschließung des Radwegenetzes von Puchheim-Ort nach Gröbenzell-Ortsmitte sowie die innerörtliche Verbesserung der Radwegesicherheit sind wichtig. Falls Bedarf nach neuen Radständen besteht, sollen diese geschaffen werden. Konzepte wie Shared-Space tragen darüber hinaus ebenfalls zur Stärkung der Position von Radfahrern bei.

5.4 Tempo-30-Zonen steigern die Lebensqualität in den Kommunen. Welche weiteren verkehrsberuhigenden Maßnahmen schlagen Sie für Gröbenzell vor? Die Gemeinde könnte Unterstützerin der Europäischen Bürgerinitiative „30km/h – macht die Straße lebenswert“ werden.

**Breitenfellner zu 5.4:** Fast das gesamte Straßennetz ist als Tempo-30-Zone oder verkehrsberuhigte Zone („Spielstraße“) ausgewiesen. Tempo 30 für die Hauptdurchgangsstraßen halte ich für nicht sinnvoll.

**Holmer zu 5.4:** Die Gemeinde als Unterstützerin der Europäischen Bürgerinitiative könnte ich mir sehr gut vorstellen. Außerdem sollten sämtliche Geschwindigkeitsregelungen von Gröbenzeller Ortsstraßen auf den Prüfstand. Bis auf wenige Ausnahmen könnte ich mir vielerorts eine Tempo 30 Regelung vorstellen. Allerdings muss gewährleistet sein, dass die Vorfahrtsstraßenregelung erhalten bleibt. In diesem Fall würde ich nahezu ausschließlich die Staatsstraße, sowie die Straße am Zillerhof, die Freyastraße und die Lena-Christ-Straße von einer Prüfung der bestehenden Geschwindigkeitsregelung ausnehmen. Selbst Straßen, wie die Puchheimer Straße oder die Schubert- und Wildmoosstraße sehe in ihrer jetzigen Geschwindigkeitsregelung nicht als in Stein gemeißelt an. Ich sehe außerdem die Notwendigkeit, weitere Verkehrsinseln zu bauen, die einerseits den Verkehr herunter bremsen und andererseits insbesondere Kindern und älteren Menschen ein einfacheres Überqueren der Straße ermöglichen.

**Ritter zu 5.4:** Tempo-30-Zonen steigern die Lebensqualität in den Kommunen. Welche weiteren verkehrsberuhigenden Maßnahmen schlagen Sie für Gröbenzell vor? Die Gemeinde könnte Unterstützerin der Europäischen Bürgerinitiative „30km/h – macht die Straße lebenswert“ werden.

Nachdem das Verkehrskonzept der Gemeinde über 30 Jahre alt ist und sich die Verhältnisse grundlegend geändert haben sind beim reinen Sammeln von Einzelvorschlägen auch die Folgen zu untersuchen. Für den zu aktualisierenden Verkehrsplan stellen wir uns folgende Systematik vor:

- Hauptverkehrsstraßen (Augsburger Straße, Puchheimer Straße, Olchinger Straße, Zillerhofstraße) 50 km/h – breiter Gehweg, für Radfahrer freigegeben, eventuell (zusätzlich) markierter Radstreifen.

- Wohnsammel- bzw. Haupterschließungsstraßen (z.B. Alpenstraße, Straßenzug Freyastraße / Schubertstraße / Bahnhofstraße / Eschenriederstraße, Straßenzug Birkenstraße / Sonnenweg / Exterstraße, Wildmoosstraße) 30 km/h bzw. 40 km/h.
- Anliegerstraßen (alle übrigen Straßen) Tempo-30-Zone, wo möglich: verkehrsberuhigter Bereich

**Schäfer zu 5.4:** in Wohngebieten grundsätzlich Tempo 30, Überprüfung des vorhandenen Verkehrskonzeptes auf Umsetzung weiterer Maßnahmen. Änderung können leider nicht immer gesetzeskonform durchgeführt werden (siehe Eschenriederstraße Tempo 30/40)

**Weinberger zu 5.4:** Wir befürworten als weitere verkehrsberuhigende Maßnahme die Erprobung eines „Shared Space“- Bereichs in der Bahnhofstrasse, zwischen der Bahnunterführung und der Einmündung zur Schubertstrasse. Wenn die Erfahrungen positiv sind, ist ein Einsatz dieser Regelung auch in anderen Bereichen der Gemeinde zu prüfen. Die Initiative für innerörtliche Tempo 30- Zonen unterstützen die FREIEN WÄHLER Gröbenzell.

5.5 Können Sie sich die Kirchenstraße oder die südliche Bahnhofstraße als Fußgängerzone, oder als Shared Space vorstellen (höhengleiche Verkehrsfläche für alle Verkehrsteilnehmer ohne funktionelle Trennung)?

**Breitenfellner zu 5.5:** Kirchen- und südliche Bahnhofstraße sollten als niveaugleiche Verkehrsflächen mit hoher Aufenthaltsqualität ausgebaut werden.

**Holmer zu 5.5:** Ich sehe einen Shared Space als die wünschenswerte Verkehrsform für das Gröbenzeller Ortszentrum. Dies werde ich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln forcieren. Eine Fußgängerzone, selbst wenn diese für RadfahrerInnen freigegeben sein sollte, sehe ich als nicht sinnvoll an. Zum Einen würden zwangsläufig Radfahrer ausgebremst, was dann wieder einen Umstieg auf das Auto bedeuten könnte, zum Anderen hätte ich die Befürchtung, dass dies zu einer Schwächung des Gewerbes im Ortskern führen würde. Der Shared Space hingegen würde aus meiner Sicht die Vorteile zwischen heutiger Situation und einer Fußgängerzone vereinen.

**Ritter zu 5.5:** Ich halte eine Aussage zur südlichen Bahnhofstraße für verfrüht. Grundlage für Verkehrskonzepte muss sein, welche Arten und welche Menge von Verkehr hier erwartet werden. Zwar ist im Moment ein Hotel am Süden in der Debatte und ein Verkehrskonzept dafür in Auftrag, doch das kann sehr schnell zur Makulatur werden, wenn die weitere Bebauung in die Diskussion kommt. Ein Verkehrskonzept kann dann sinnvoll erstellt werden, wenn für das gesamte Bebauungsgebiet klare Vorstellungen über Umfang und Art der Nutzung vorliegen. Deshalb halte ich die Debatte über Shared Space – ebenso wie jedes andere Verkehrskonzept für die Bahnhofstraße – in der momentanen Situation für höchst spekulativ.

In der Kirchenstrasse ist die Bedarfssituation klarer, die Eigentumssituation jedoch schwieriger. Wir stehen einer niveaugleichen Gestaltung der Kirchenstraße sehr positiv gegenüber und wollen mit den Grundstücksbesitzern zu einer Verständigung und gemeinsamen Handeln kommen. Ein Problem sehen wir aber mit der Aufhebung funktionaler Trennungen. Die Kirchenstraße ist eine Einkaufsstraße und benötigt Kurzzeitparkplätze. „Shared Space“ gäbe es also nur in zwei Varianten: entweder ist auf der gesamten nutzbare Fläche Parken möglich oder es gäbe ein eingeschränktes „Shared Space“ bei dem Parken prinzipiell unterbunden ist. Das Erste würde unserer Auffassung nach zu einem deutlich höheren Anteil an geparkten Fahrzeugen und einen deutlich schwierigeren Verkehrsfluss führen, das Zweite den Parksuchverkehr in die umliegenden Wohnstrassen verdrängen. Wir sind daher der Auffassung, dass Parkplätze in der Kirchenstrasse funktional erhalten bleiben müssen. Im Rahmen der von uns gewünschten Bürgerbeteiligung stellen wir uns damit gerne einer fachlichen Diskussion, die wir mit den Vertretern unterschiedlicher Verkehrskonzepte zielorientiert führen wollen.

Für einen Ausbau zur Fußgängerzone fehlt unserer Auffassung nach die Grundlage. Als „Einkaufsmeile“ im Ortszentrum müssten dafür in direkter Nähe Parkmöglichkeiten mindestens im Umfang der bestehenden Parkplätze geschaffen werden. Hierfür gibt es kein geeignetes Grundstück. Alternativ wäre die direkte Erreichbarkeit aus allen Ortsteilen mit öffentlichem Nahverkehr, was ebenfalls nicht sichergestellt werden kann. Die derzeit diskutierte Ortsbuslinie reicht dafür bei weitem nicht aus. Hinzu kommt, dass viele Geschäfte in der Kirchenstrasse mit der Konkurrenz außerhalb der Ortsmitte zu kämpfen haben. Fußgängerkonzepte für ganze Einkaufsstrassen benötigen aber – neben der optimalen Verkehrsanbindung - ein Angebot mit hoher Attraktivität und Ausstrahlung um funktionieren zu können.

**Schäfer zu 5.5:** ja

**Weinberger zu 5.5:** Ich kann mir ein Shared-Space-Konzept im Zentrum sehr gut vorstellen. Siehe dazu auch 5.4. oben.

5.6 Würden Sie die Forderung nach einem Ausbau der Bahn-Unterführung vom Fischerweg zur Ascherbachstraße unterstützen?

**Breitenfellner zu 5.6:** Der Ausbau der Bahnunterführung im Zuge des Fischerweges gehört zu meinem Wahlprogramm.

**Holmer zu 5.6:** Diese Forderung begrüße ich sehr. Hier ließe sich ein tatsächlich schöner Weg für die BürgerInnen Gröbenzells in Richtung Puchheim realisieren. Auch der Weg vieler BürgerInnen aus dem Gröbenzeller Norden zum kleinen Olchinger See würde deutlich bequemer und weniger gefährlich. Ob dies angesichts der Bahnstrecke tatsächlich für einen vernünftigen Preis zu realisieren ist, wage ich leider zu bezweifeln.

**Ritter zu 5.6:** Ein Ausbau für Fußgänger und Radfahrer wäre sicher eine tolle Sache. Wir befürchten allerdings, dass dies nur mit großem Aufwand möglich sein wird. Grundstücksfragen sind zu klären, beim Bau ist mit Unterbrechungskosten für den Bahnverkehr zu rechnen. Der technische Aufwand ist noch unklar. Wir sind gerne bereit eine Prüfung zu unterstützen. Eine Entscheidung sollte Anhand des Prüfungsergebnisses und unter Berücksichtigung der weiteren Investitionsaufgaben der Gemeinde gefällt werden.

**Schäfer zu 5.6:** je nach Kostenschätzung- eher ja

**Weinberger zu 5.6:** Diese Forderung unterstütze ich gerne.

5.7 Setzen Sie sich dafür ein, dass die 3. Startbahn am Münchner Flughafen nicht gebaut wird?

**Breitenfellner zu 5.7:** keine Antwort

**Holmer zu 5.7:** keine Antwort

**Schäfer zu 5.7:** ja

**Ritter zu 5.7:** Ja

**Weinberger zu 5.7:** Die FREIEN WÄHLER sind Vorreiter bei der Ablehnung der 3. Startbahn am Münchner Flughafen und haben das Volksbegehren unterstützt. Mit dieser Meinung stimme ich überein.

6. Bürgerbeteiligung

6.1 Welche Vorschläge zum Thema Bürgerbeteiligung befürwortet Ihre Organisation?

**Breitenfellner zu 6.1:** Ich unterstütze die seit einigen Jahren zu beobachtende Tendenz, die bestehenden Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung weiter auszubauen und die Bürgerinnen und Bürger verstärkt zur Mitarbeit anzuregen (Bürgerwerkstätten, Einbeziehung der betroffenen Bürger in Infrastrukturplanungen bereits im Vorfeld, sachbezogene Diskussionen zu kommunalen Themen durch IVG, Volkshochschule, Forum, Agenda 21, kirchliche und kulturelle Gruppen u. a., natürlich auch durch die Parteien).

**Holmer zu 6.1:** Bürgerbeteiligung ist, wie sich insbesondere in der Schweiz zeigt, ein entscheidender Faktor, um öffentliche Bauvorhaben umzusetzen. Aus meiner Sicht ist es dringend notwendig, die Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld größerer Projekte durch Bürgerwerkstätten, Informationsabende, etc. zu informieren. Sollten Zweifel bezüglich des Realisierungswunsches in der Bevölkerung bestehen, so muss aus meiner Sicht eine Abstimmung erfolgen. Nach aktueller Rechtslage wäre ein gängiges Mittel hierfür ein Ratsbegehren. Grundsätzlich sehe ich Bürgerbeteiligung als Chance und nicht als Bürde. Gerade die Gröbenzeller Bevölkerung bietet einen enormen Erfahrungs- und Wissensschatz, der mithilfe von mehr Bürgerbeteiligung in den politischen Prozess eingebracht werden könnte.

**Ritter zu 6.1:** Bürgerbeteiligung hat viele Formen und sollte bei allen Planungen mit bedacht sein. Information durch Bürger- und Einwohnerversammlungen, Beteiligung an der Gestaltung durch Workshops, Bedarfsplanung durch Bürgergutachten sind nur einige mögliche Formen. Wir wollen, dass Bürgerbeteiligung Teil der politischen Kultur in Gemeinderat und Verwaltung werden.

**Schäfer zu 6.1:** echte Bürgerbeteiligung durch rechtzeitige Veröffentlichung von Daten und Fakten auch im Internet, Bürgersprechstunden, Themenveranstaltungen für Bürger

**Weinberger zu 6.1:** Wir sollten aufgrund positiver Erfahrungen, sowohl in der eigenen Gemeinde als auch von Nachbarkommunen, die umfangreiche Bürgerbeteiligung weiter vorantreiben. Das beginnt bei Veranstaltungen, wie z.B. Anlieger- oder Anwohnerversammlungen in einem möglichst frühzeitigen Stadium eines Projektes oder Planes (z.B. Lärmschutzwände der Bahn) und reicht bis zu regelmäßigen Bürgersprechstunden. Wir sollten uns dafür klare Regeln geben. Die von den Freien Wählern mit initiierte Informationsfreiheitssatzung ist ein erster wichtiger Schritt in Richtung mehr Transparenz und Bürgernähe.

6.2 Welche Vorstellung haben Sie von der künftigen finanziellen Unterstützung der Vereine durch die Gemeinde?

**Breitenfellner zu 6.2:** Die finanzielle Förderung der Vereine soll der Gemeinderat unter meiner Leitung im bisherigen Maß weiterführen (Zuschüsse, kostenlose Nutzung gemeindlicher Räume, kostenloser Platz für Mitteilungen in den gemeindlichen Publikationsorganen). Dies betrifft natürlich auch die Agenda-21- und die Fair-Trade-Gruppen, deren Ziele von der Gemeinde weiter unterstützt werden sollen.

**Holmer zu 6.2:** Ich werde die finanzielle Unterstützung der Gemeinde für die diversen Vereine grundsätzlich unverändert beibehalten. Allerdings gibt es im Moment noch einige kleinere Vereine, die aktuell noch finanziell benachteiligt und somit unterfinanziert sind. Hier möchte ich gerne zusätzliche Mittel frei machen, die insbesondere für die Jugendförderung verwendet werden sollen. Dies gilt insbesondere für Vereine, die nur eine geringe Wahrnehmung in der Öffentlichkeit genießen, aber trotzdem einen großen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beifügen.

**Ritter zu 6.2:** Wir wollen die Vereine weiterhin im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde unterstützen. Sie leisten einen wertvollen Beitrag zum Erhalt des kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens der Gemeinde Gröbenzell.

**Schäfer zu 6.2:** weiterhin Unterstützung durch kostenlose Überlassung von Räumen, solange es der Gemeindehaushalt zulässt. Investition in Aus- und Weiterbildung der Ehrenamtlichen.

**Weinberger zu 6.2:** Ich bin ich für eine kostenlose Bereitstellung von Räumen, wie bereits jetzt praktiziert, und Hilfe, wo nötig, durch den Bauhof. Auch bin ich jederzeit bereit, mir die Anliegen der Vereine anzuhören (wann immer das von Vereinsseite gewünscht ist). Die bisherige Linie war bis auf kleinere, im Wesen der Dinge liegende Ausnahmen gut und soll weitergeführt werden. Das beinhaltet natürlich auch gemeindliche Zuschüsse, wie z. B. für die Sportvereine oder zur Seniorenfeier des IVG. Allerdings darf in Zukunft auch die Förderung von Kultur, wie etwa den Theatergruppen in Gröbenzell, nicht zu kurz kommen!

6.3 Gröbenzell ist die 1. Fairtrade Gemeinde im Landkreis Fürstentum und hat hier eine Vorreiterrolle. Wie wollen Sie dieses Projekt weiterführen und auf eine breitere Basis stellen?

**Breitenfellner zu 6.3:** keine Antwort

**Holmer zu 6.3:** Die Gemeinde hat in Bezug auf dieses Projekt zwei konkrete Aufgaben. Zum Einen muss alles dafür getan werden, um als Gemeinde mit gutem Beispiel voranzuschreiten. Das aktuell genutzte Sortiment im Rathaus an fair gehandelten Produkten muss also unbedingt erweitert werden. Zum Anderen muss natürlich auch die Gemeinde in Zusammenarbeit mit dem AK Fairer Handel für zusätzliche Werbung sorgen. Eine noch höhere und intensivere Beteiligung des Gröbenzeller Gewerbes ist unbedingt anzustreben. Das Fairtrade-Logo muss in Zukunft eine echte Marke in Gröbenzell werden, die von den Gröbenzeller Geschäftsleuten als unverzichtbar angesehen wird.

**Ritter zu 6.3:** Wir unterstützen das Projekt und wollen es weiterführen. Wir halten es für sinnvoll, zu der von Ihnen gestellten Frage Gespräche mit den Initiativen zu führen, die dieses Projekt hauptsächlich tragen. Das erscheint uns besser als die Entwicklung von einsamen Plänen am Schreibtisch.

**Schäfer zu 6.3:** regelmäßige Besprechungen mit der Steuerungsgruppe und deren Unterstützung

**Weinberger zu 6.3:** Ich will Gröbenzell auch weiterhin in dieser Vorreiterrolle sehen und die positive Wirkung sowie die Ziele dieser Initiative wenn immer möglich herausstellen. Auch könnte man auf die Einzelhändler einwirken, das Produktsortiment im Fairtrade-Bereich weiter auszubauen. Für weitere Vorschläge bin ich jederzeit aufgeschlossen, denn ich sehe diesen Ansatz als interaktiven Prozess, bei dem Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Gemeinde gemeinsame Fortschritte erzielen können.

6.4 Was bedeutet für Sie als Bürgermeister die Tatsache, dass Gröbenzell eine Agenda-21-Gemeinde ist, ganz konkret?



**Breitenfellner zu 6.4:** keine Antwort

**Holmer zu 6.4:** Als Agenda-21-Gemeinde ist Gröbenzell ganz besonders der Nachhaltigkeit verpflichtet. Als Bürgermeister hat man eine besondere Verantwortung, dass dieses Bewusstsein auch von der gesamten Verwaltung, sowie in den politischen Gremien tatsächlich gelebt wird und es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleibt.

**Ritter zu 6.4:** Im ersten Schritt bedeutet das, dass die bereits beschlossenen Grundsätze in der alltäglichen Politik auch umgesetzt werden.

**Schäfer zu 6.4:** Das vom Gemeinderat 2009 verabschiedete Leitbild der Agenda 21 mit Leben erfüllen, d.h. dieses in die tägliche Politik einfließen lassen. Durchführung regelmäßiger Besprechungen mit der Leitung der Agenda 21. Und immer wieder die Bürger bitten mitzumachen. Agenda 21 ist unser Leitfaden.

**Weinberger zu 6.4:** Die örtliche AGENDA 21-Gruppe leistet auf vielen Feldern wichtige Grundlagenarbeit. So kam z.B. der entscheidende Impuls für das neue, in der Park- und Herbststraße entwickelte Konzept der Oberflächenwasserversickerung über einfache, seitliche Rasengittersteine aus der AGENDA 21. Dies hat der Gemeinde und den Anliegern auf umweltschonende Weise erhebliche Gelder erspart. Das kann man nicht hoch genug einschätzen. Es gibt eine Grundvereinbarung, die meines Wissens bisher zur beiderseitigen Zufriedenheit funktioniert. Sicher ist das noch weiter ausbaufähig. Dazu sind motivierte Bürger nötig, die bereit sind, ihr Wissen und ihr Engagement für die Allgemeinheit mit einzubringen.

6.5 Wie werden Sie dafür sorgen, dass die Gröbenzeller Bürgerinnen und Bürger Informationen über umwelt- und naturschutzrelevante Vorgänge und Entscheidungen erhalten?

**Breitenfellner zu 6.5:** Als Bürgermeister werde ich allen Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regelmäßiger Sprechstunden zur Verfügung stehen.

**Holmer zu 6.5:** Ich möchte unabhängig vom sachlichen Hintergrund, dass BürgerInnen jederzeit die Entscheidungen der politischen Gremien online abrufen können. Ebenfalls bevorzuge ich es, Sitzungsvorlagen den Bürgerinnen und Bürgern ebenfalls online zur Verfügung zu stellen, um der Bürgerschaft die nötigen Hintergrundinformationen sämtlicher Entscheidungen anzubieten. Diese Dokumente müssen einerseits rechtzeitig vor der Sitzung, sowie andererseits zeitnah nach der Sitzung veröffentlicht werden. Aktuell kann die Zeitspanne bis zur Veröffentlichung eines Protokolls teils mehrere Monate betragen. Dies ist nicht akzeptabel. Natürlich müssen in diesem Zusammenhang sämtliche Vorgaben des Datenschutzes eingehalten werden. Von dieser Neuerung wären selbstverständlich auch umwelt- und naturschutzrelevante Vorgänge betroffen und die Bürgerschaft könnte hier die notwendigen Informationen herausziehen.

**Ritter zu 6.5:** Ich will die gesamte Informationspolitik der Gemeinde transparenter gestalten. Dazu gehören, in öffentlicher Sitzung beratene Vorgänge, öffentlich einsehbare Pläne und Unterlagen im Internet bereitzustellen. Dazu gehören auch umwelt- und naturschutzrelevante Vorgänge.

**Schäfer zu 6.5:** in erster Linie durch das Internet, alle relevanten Themen (nicht nur diesbezüglich) ins Netz stellen mit einer Funktion (ähnlich Facebook) ausstatten, so dass die Bürger auch direkt Anregungen und Kommentare dazu geben können.

**Weinberger zu 6.5:** Ich will diese Informationen in meinem täglichen Umgang mit den Menschen, in Pressemitteilungen, bei Bürgerversammlungen, bei Reden zu den verschiedensten Anlässen, in Beiträgen in „Gröbenzell im Blick“, aber auch durch Anweisungen gegenüber den Mitarbeitern in der Verwaltung weitergeben. Auch will ich im regelmäßigen Austausch mit dem Bund Naturschutz weitere Informationskanäle erschließen.

7. Sonstiges

7.1 Sind Sie dafür, an kommunalen Kindergärten und Schulen Bio-Essen anzubieten?

**Breitenfellner zu 7.1:** Die Frage des angebotenen Essens in den Kindereinrichtungen muss in erster Linie mit den Eltern abgeklärt werden.

**Holmer zu 7.1:** Ja. Wobei hier natürlich auch die Finanzierbarkeit für Eltern mit kleinem Geldbeutel sicher gestellt sein muss, wobei Bio-Essen ja nicht zwangsläufig teurer sein muss, als herkömmliche Speisen.

Optimal wäre es, wenn das Essen komplett finanziert würde, bzw. etwaige Mehrkosten von der Gemeinde übernommen werden könnten.

**Ritter zu 7.1: Ja**

**Schäfer zu 7.1:** Bioessen wäre wünschenswert. Dies muss aber mit den Leitungen der Einrichtungen besprochen werden, wie weit man sich hier auf den Weg macht. Auch Regionalität und Saisonalität ist wichtig.

**Weinberger zu 7.1:** Generell bin ich absolut dafür, dort Bio-Essen anzubieten und vor allem auch auf Produkte regionaler Anbieter zu setzen. Dies ist mir auch im privaten Bereich immer wichtig gewesen. Allerdings muss man prüfen, wie hoch die Mehrkosten für die Gemeinde wären. Auch hier könnte ich mir vorstellen, gemeinsam mit Ihnen Konzepte zu erarbeiten. Denn an der Gesundheit unserer Kinder sollten wir nicht sparen.